Erlassung der Unorganisierten

Durch die Veränderung der ökonomischen und politischen Struktur des kapitalistischen Systems, hat der Klassenkampf andere Formen angenommen, als in der frühkapitalistischen Zeit. Aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise und seiner Warenwirtschaft, erwächst folgerichtig die Zuspitzung der Klassengegensätze zwischen der besitzenden und enbesitzenden Klasse. War es bis 1914 der herrschenden Klasse noch möglich, die Arbeiterklasse mit mehr humaneren Mitteln niederzuhalten und auszubeuten, so heute nur noch mit den brutalsten und gemeinsten Kampfmitteln. Jemehr das Kapital die Grundfesten unter seinen Füßen wanken sieht, umso rücksichtsloser versucht es, seine Profitwirtschaft am Leben zu erhalten. 15 000 Proletarier ermordet, 8000 Proletarier hinter Kerkermauern, es sind Beweise dafür, daß die Bourgeoisie kein Pardon im Klassenkrieg gegen die Arbeiterklasse kennt. Die Geschichte zeigt uns immer wieder, daß der Bürgerkrieg der einzige Krieg ist, durch den das Proletariat nur siegen kann.

Währenddessen die Bourgeoisie längst zu anderen Kampfmethoden gegriffen hat als früher, kämpft das Proletariat mit Kampfmitteln, die durch den heutigen Klassenkampf längst der Vergangenheit angehören. Das Kapital steht heute der Arbeiterklasse mit einem Heer von modernsten ausgerüsteten Militär-, Polizei-, Justiz- und Streikbrechergarden gegenüber. Dagegen kämpft die Arbeiterklasse noch zum größten Teil, mit dem Stimmzettel und gewerkschaftlichen Berufskämpfen, die sich bildlich ausdrücken, wie der Kampf der Hottentotten mit Pfeil und Bogen gegen eine moderne Armee. Die Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben seit 1914 offen auf jeden Klassenkampf gegen das kapitalistische System verzichtet und haben den Burgfrieden mit dem Kapital geschlossen, der sich von Tag zu Tag unzertrennlicher verknüpft, durch den bewußten Verrat der SPD. und den Gewerkschaften haben sich tausende Proletarier mit Ekel und Abscheu von dieser Verräterbande abgewandt, ohne die Ursache zu erkennen, die zu diesem organisierten Betrug der Arbeiterinteressen geführt haben.

Aus diesen Gründen hat sich das große Heer der unorganisierten Proletarier entwickelt. Nicht nur aus der SPD. und den Gewerkschaften rekrutieren sich die Unorganisierten heraus, sondern auch ein großer Teil erwächst aus der KPD. Viele Proletarier glaubten, die KPD. wäre eine neue Organisationsform, die mit den veralterten Kampfmethoden gebrochen hätte. Das Proletariat hörte nur auf die Reden, die äußerlich radikal aufgemacht sind. Die Einsicht und Erkenntnis blieb jedoch bei den denkenden Proletariern nicht aus, die sahen, daß die Grundsätze der KPD. auch nur sozialdemokratisch sind. Daß das hysterische Geschrei der KPD. und ihres Zentralorgans „Hinein in die Gewerkschaften" letzten Endes auch einmal die Augen der Proletarier öffnen muß, ist begreiflich. In den Betrieben sehen die Proletarier zur Genüge die Auswirkungen der KPD.-Parolen, wohin es führt, die Gewerkschaften zu stützen. Das bewußte Versagen der KPD. in entscheidenden Situationen, wie in Hamburg und in Sachsen, lies manchen Proletarier von der KPD. abfallen. Die Parteibefehle der KPD. zu bestimmten Terminen in die konterrevolutionären Gewerkschaften zurückzukehren, war für viele revolutionäre Proletarier der KPD. das Signal zum Ausscheiden aus derselben.

Die Spaltung innerhalb der selbständigen oppositionellen Verbände, von Kaiser, Schumacher und Weyer, die durch die Taktik der KPD. folgerichtig in Erscheinung traten, trugen weiter dazu bei, um die Verwirrung in der Arbeiterklasse zu steigern. Betrachtet man dann noch etwas näher die Taktik des weyerschen Industrie-Verbandes sowie die selbständigen Gewerkschaften, so wird einem klar, daß sie absolut keine neue Grundlage des Klassenkampfes haben. Auch versprechen sie dem Proletariat bessere Lebensbedingungen im Kapitalismus zu erkämpfen, wenn sich die Arbeiterklasse die Kampftaktik der angeführten Organisationen zu eigen macht. Wir sehen hieraus, daß die oppositionellen Gewerkschaften mit denselben Halbheiten und Schwächen behaftet sind, als die Gewerkschaften des ADGB. Beide Gattungen haben die gleichen Kampfmethoden, nur die Aufmachungen sind verschieden.

All diese Wiedersprüche der parlamentarischen Organisationen haben das Heer der Unorganisierten vergrößert, daß es mindestens 50 Prozent der Arbeiterklasse beträgt. Hier liegt ein Feld, was unbedingt bearbeitet werden muß, im Interesse und zum Nutzen der proletarischen Revolution.

Untersuchen wir die Gründe, die den einzelnen Proletarier dazu geführt haben, sich nicht mehr zu organisieren, so sind sie sehr verschieden. Wir wissen, daß große Teile der Unorganisierten für den Befreiungskampf des Proletariats nicht in Frage kommt. Es sind diejenigen, für die das politische Denken ein Unding ist, sie wollen Ruhe haben. Für sie war es immer schon so wie heute, ihr Sklavendasein ist ihnen in Fleisch und Blut übergegangen. Sie finden ihre volle geistige und seelische Befriedigung an ihrer Mottenpost. Von dieser Gattung werden wir nur sehr wenige für unsere Revolution gewinnen können.

Hauptsächlich wenden wir uns jedoch an diese Proletarier, die schon einer Organisation angehört haben, da sie mindestens zum Teil die Notwendigkeit einer Organisation erkannt haben. Auch hier spielen verschiedene Ursachen eine Rolle, aus der das Ausscheiden erwachsen ist. Verzweiflungsstimmung ist keine seltene Ursache, die ihre Opfer fordert. Es muß offen ausgesprochen werden, daß viele Unorganisierte wohl innerlich die Notwendigkeit einer Organisation verstehen, die für die Revolution kämpft, doch scheuen sie die materiellen Opfer. Dieselben sind in unseren nächsten Kreisen zu finden. Diejenigen Proletarier, die die parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften verlassen haben aus Erkenntnis, daß sie für die Befreiung der Arbeiterklasse ein Hemmnis sind, stehen uns am nächsten und ihnen gilt unsere größte Beachtung.

Unermüdlich müssen wir ihnen unsere Grundsätze einhämmern, daß es nicht nur genügt, die alten überholten Organisationsformen zu erkennen und sie nicht mehr zu unterstützen, sondern daß im Interesse der Arbeiterklasse der neuen Organisationsform, der Klassenorganisation zum Durchbruch verholfen wird.

Wer das Alte niederreißt, muß das Neue aufbauen helfen, will er nicht mit den alten Verhältnissen versinken. Die AAU. und KAPD. hat aus den alten unbrauchbaren Kampfmethoden, der parlamentarischen Organisationen, die Lehren gezogen, sowie aus den vergangenen Niederlagen des Proletariats. Das Proletariat muß sich die Taktik zum Grundsatz seiner Befreiung machen, will es seine geschichtliche Aufgabe erfüllen. Es ist notwendig, daß nicht nur der einzelne Proletarier sich loslöst von den konterrevolutionären Organisationen, sondern er muß in der Tat für die revolutionäre Organisation, die den jeweiligen Klassenverhältnissen Rechnung trägt, sich einsetzen. Auch die Revolution hat organisatorische Voraussetzungen. Wer da glaubt, daß es genügt, in revolutionärem Kampf, wenn er schon da ist, dabei zu sein, ist ein Phantast. Kampf, wenn er schon da ist, dabei zu sein, ist ein Phantast. Kampf allein tut keine Revolution. Eine Revolution, die nicht zum Stillstand kommen soll, eine revolutionäre Organisation zur Grundlage hat, ist sicher der Konterrevolution ausgeliefert. Das mögen sich die zu Herzen nehmen, die glauben, es genügt für sie, wenn sie ihr Sympathie bekunden, ohne organisatorisch die Konsequenzen zu ziehen.

In den Betrieben müssen wir den Proletariern diese nackten Tatsachen vor Augen führen und sie an ihre proletarischen Pflichten erinnern. Nur derjenige hat das Recht, die herrschende Lohnsklaverei zu verdammen, der erkennt, daß er selbst mithelfen muß, die kommunistische Gesellschaft zu erkämpfen. Das kann nur geschehen, indem die Unorganisierten einmal selbst darüber nachdenken, ob sie weiter untätig zusehen wollen, wie die Arbeiterklasse vom Kapital und seinen Lakaien immer tiefer in den Abgrund getrieben wird. Wer sich nicht mitschuldig machen will, durch seine Passivität an der Verlängerung der kapitalistischen Sklaverei, der muß den Weg finden zu dem Hebel der Revolution, der AAU., der revolutionären Klassenkampforganisation. Eine revolutionäre Organisation verwerfen, hieße, die Revolution verneinen.

Den Unorganisierten Proletariern, die noch nicht vollständig die Kraft zur Befreiung der Arbeiterklasse verloren haben, rufen wir zu: Erkennt, daß ihr organisatorische Pflichten habt, wenn ihr willens seid, euer Sklavenjoch abzuschütteln. Ein Rückwärts kann es für euch nicht mehr geben. Wollt ihr vorwärts, so steht euch der Weg offen zur AAU. und der revolutionären Partei, der KAPD. Beide Organisationen haben ein Ziel, mittels der proletarischen Diktatur die kommunistische Bedarfswirtschaft zu verwirklichen. Frei von jeden parlamentaristischen und reformistischen Scheinkampf kämpfen beide auf dem Boden des kompromißlosen Klassenkampfes. Nur ihnen gehört die Zukunft.

Wirtschaft

Die trostlose Lage der sächsischen Bergarbeiter

Vor kurzem brachten wir die verzweifelte Lage der niederschlesischen Bergarbeiter. Dem folgt jetzt das Bild der sächsischen Kumpels.

Der „Vorwärts" vom 28. April bringt in seiner 2. Beilage unter der Ueberschrift:

Ein Notschrei aus Sachsen

folgende Schilderung der wirtschaftlichen Lage:

„Der Verbrauch ausländischer und oberschlesischer Steinkohle und Braunkohle, nicht nur im Hausbrand, sondern auch zu einem erheblichen Teil in der sächsischen Industrie gefährdet den Absatz der Steinkohle immer mehr. Trotz Unterbietung der Preise bestehen große Absatzschwierigkeiten für bestimmte Sorten. Selbst die Stadt Zwickau als größter Arbeitgeber im sächsischen Steinkohlenbergbau verwendet zur Vergasung in der Gasanstalt in Zwickau zum Teil oberschlesische Kohlen, da der Heizwert der Zwickauer Kohle bedeutend geringer ist. Das Hauptabsatzgebiet, die bayrische Industrie, ist in der Nachkriegszeit dem sächsischen Steinkohlenbergbau als Kohlenabnehmer verloren gegangen, und die Sparmaßnahmen im Kohlenverbrauch infolge der Kohlennot während und nach dem Kriege, die Einrichtung der Oel- und Wärmewirtschaft verringern den Kohlenverbrauch erheblich und hemmen alle Maßnahmen, die zur Besserung der Lage der Arbeiter beitragen könnten.

Die Bergarbeiterlöhne im sächsischen Steinkohlenbergbau sind für den weitaus größten Teil der Belegschaften vollständig unzureichend und derart niedrig, daß eine Erhöhung um 40 bis 50 v. H. die Differenz gegenüber den Löhnen anderer Industriearbeiter kaum ausgleichen würde. Die Arbeitgeber erkennen die Notlage der Bergarbeiter an behaupten jedoch, daß jede tarifliche Lohnerhöhung für den sächsischen Steinkohlenbergbau unerträglich sei und nur bei Steigerung der Leistung ein Mehrverdienst erreicht werden könnte."

Man überlege. Im Ruhrgebiet liegt alles voll. In Schlesien wird nur noch polnische Kohle aus Oberschlesien gebrannt. Der englische Kohlenbau befindet sich in einer ungeheuren Krise. Immer mehr englische Kohle dringt auch nach Deutschland. Die Industrie in Deutschland hat nur z. T. die Dawes-Sonne gespürt. Ueberall Kohlen, Kohlen im Ueberfluß.

In der Technik verdrängt das Oel immer mehr die Kohle. Als einzigste Antwort weiß die Bourgeoisie nichts weiter zu sagen, als: „Ja, ihr müßt mehr arbeiten, dann verdient ihr mehr."

Auf diesen geradezu blöden Salm der Bourgeoisie wissen die „Vorwärts"-Marxisten nur folgendes zu stammeln:

„Das Lohnsystem im sächsischen Steinkohlenbergbau, das Lohnerhöhung nur bei entsprechender Erhöhung der Leistung gewährt, ist für die Dauer für die Bergarbeiter unerträglich. Der Gesundheitszustand der Arbeiter wird immer mehr gefährdet. Zu Tausenden lösen die Bergarbeiter ihr Arbeitsverhältnis.

Aufgabe des Reiches, des Staates und der Städte Zwickau und Leipzig als größte Arbeitgeber im sächsischen Steinkohlenbergbau ist, trotz der Absatzkrise Maßnahmen zu ergreifen, die hier die Verhältnisse verbessern und die Arbeiter nicht noch weiter vereinden lassen."

Demgegenüber sagen wir dem Proletariat: Schließt euch in den Betrieben als Klasse zusammen und kämpft nicht um die Posten eurer Altbewährten innerhalb dieses System, sondern kämpft endlich um eure eigene Sache, um euer Leben als Klasse. Erkennt endlich, daß dieses innerhalb des Profitsystems nicht mehr gewährleistet werden kann, sondern nur im Kommunismus seine ökonomische Grundlage erhält.

Immer wieder beweisen die Gewerkschaften ihren Bankerott. Zerschlagt endlich die Fesseln der Tarif- und Arbeitsgemeinschaft und bereitet euch ideologisch und organisatorisch vor zum Sturz dieses finchwürdigen Profitsystems, daß jetzt in Hindenburg seine treffliche Stütze erhalten hat.

Noch immer hat ein Volk die Regierung, die es verdient.

Massenkündigungen im Ruhrbergbau

Die ungeheure Absatzkrise im Ruhrbergbau treibt jetzt schon die Proletarier aus den Kohlenschächten. Nachdem schon die unrentablen Rend- und Magerkohlenzechen Entlassungen über Entlassungen, teilweise sogar Betriebsstillegungen vorgenommen haben, ergreift die Krise jetzt auch den übrigen Bergbau. Aus Gelsenkirchen wird vom 1. Mai gemeldet, daß im Revier Gelsenkirchen etwa 600 Bergleute, insbesondere auf den Zechen des Rhein-Elbe-Konzerns zum 15. Juni gekündigt sind.

In Niederschlesien, in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet, überall scheint die Dollarsonne. Trotz alledem heißt es: „Mehr arbeiten", damit unsere Produktion billiger wird und „weniger essen", damit wir nur exportieren und nicht importieren brauchen. Wie lange wollen die Proletarier den Export ihrer Klassengenossen nach den Friedhöfen und Urnenheinen, der ruhig aber sicher vor sich geht, noch mit ansehen?

Ausland

Skandinavischer Brief

SCHWEDEN.

Die schwedischen Seeleute sind in den Streik getreten. Grund: Seit Kriegsschluß ständige Lohnherabsetzung. Verlangen der Seeleute, als Folge der Preissteigerungen, eine Erhöhung der Löhne um 12½ v. H. Seit drei Monaten arbeiten die Seeleute ohne Uebereinkommen, was die Reeder dazu benutzten, die Schiffe mit Lumpenproletariat zu bemannen und zu gleicher Zeit die Lohnreduktion mit harter Hand durchzuführen. Die schwedischen Seeleute haben die übrigen skandinavischen Seeleute aufgefordert Solidarität zu üben.

Der verstorbene Branting, Sozialist und Ministerpräsident, hinterließ seinen Erben laut bürgerlichen Blättern, 150 000,00 Kr. Eine feine Sache — Arbeiterführer zu sein!

ENGLAND.

Lady Macdonald, Ramsay Macdonalds Tochter, verlor ein Perlenkollier im Werte von 30 000 G.-Mk. Wie man sieht: Eine feine Sache, Arbeiterführer zu sein! Wieviel Proletarier könnten sich dafür Mittagessen kaufen? Um wieviel hat Macdonald zuviel Gehalt bezogen für seine Tätigkeit als Arbeiterführer oder mit wieviel Pfund im Jahre dotieren die internationalen Raubgeier die Tätigkeit als Arbeiter-Verräter? Auto — Villa — Perlenkollier —. Welcher Arbeiter kann solches sein Eigen nennen?

In Norwegen fand eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände statt, die eine Kundgebung beschlossen, die unverzüglich die Einleitung von Schritten zur Vorbereitung eines landesumfassenden Lohnstreiks vorbereiten soll.

DÄNEMARK

Nach monatelangem Tauziehen ist der Strick endlich gerissen. Der Kongreß des Verbandes der Arbeiter in Veile lehnte den Schiedsspruch des staatlichen Schlichters ab. Daraufhin sperrte der Arbeitgeberverband die Arbeiter aus, trotzdem dreißig Fachvereine den Schiedsspruch angenommen haben und nur 6 Fachvereine ihn ablehnten. Die Riesenkomödie konnte so wie bisher nicht mehr weitergeführt werden. Bei 12—20 Kr. für Familienväter an wöchentlicher Unterstützung wird die Kampfbereitschaft sicher nicht lange anhalten, besonders da man die wichtigsten Berufe an ihren Plätzen beläßt. Vorläufig kommen 150 000 Arbeiter in Frage. Der Vorsitzende des Verbandes der Arbeiter hat zu Dienstag den 21. d. M. einen internationalen Kongreß der Transportarbeiter nach Kopenhagen eingeladen, um Stellung zu nehmen zu einem dänischen Transportarbeiterstreik der auch die Schlifahrt umfassen soll. Ueber den Ausfall dieses Kongresses werden wir schnellstens berichten. Die Lock-out-(Aussperrung) trat Dienstag, den 21. April in Kraft, gleichzeitig auch die angekündigten Streiks. Nach DKP.'s Organ sollen 110 000 für Streik und 30 000 dagegen gestimmt haben.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Achtung! Untersuchungskommission!

Die besprochene Sitzung am Mittwoch, findet nicht statt. Die Vertreter der betreffenden Körperschaften werden ersucht, am Dienstag, den 5. Mai 1925, in der Sitzung der Bezirksführer zu erscheinen.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Am Mittwoch, den 6. Mai 1925, abends 7½ Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Hindenburg-Realschule, Guerickestraße 32. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Warnung!

In den letzten Tagen sprach in Groß-Berlin ein gewisser Balzer alias Winter bei Genossen vor und gab sich als Flüchtling aus. Er bediente sich dabei der Adressentafel der Abonnementsannahmestellen der „KAZ." Dadurch, daß er einen Ausweis der VRUK. hatte, konnte er verschiedene Genossen prellen. Auch vor einem Einbruch scheute diese Kreatur nicht zurück. Alle Genossen sind hiermit gewarnt.

Die Arbeiterzeitungen werden um Abdruck gebeten.

16. Unterbezirk.

Achtung! Warnung!

Wir warnen vor einem gewissen Emil Zaun aus Bonn. Beruf Kaufmann, Polit. Hochstapler. Zaun hat in Köln bei einer Demonstration 20 Arbeiter ins Gefängnis gebracht, vorher aber die Polizei benachrichtigt. Zaun, der heute Dist. ist morgen KPDist und dann Separatist. Als Separatist hat er mitgeholfen an einzelnen Verhaftungen von KPD.-Genossen (Denunzation).

Trotzdem, daß die KPD.-Ortsgruppe Bonn dies wußte, war es ihr bester Freund, selbst die Genossen ließen sich von Zaun per Auto nach Düsseldorf (1924) zum Bezirkssparteitag fahren. Wir warnen euch, da er sich in eurer Gegend aufhalten soll. Zaun hat ein sehr vornehmes Auftreten und ist ein ganz gerissener Gauner; er hat sogar die rev. Arbeiter um Geld betrogen in Bonn. (S. Zt.: USPD.) Ortsgruppe Bonn der KAPD.

Soeben erschienen:

Mai-Nummer der „Roten Jugend"

Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend.

Nr. 5. Jahrgang 5. Preis 10 Pfg.

Inhalt:

Proletarische Jugend, heraus zum 1. Mai. — Der 1. Mai in der Geschichte des Proletariats. — Parlismus und Demokratie im Dienste des Imperialismus. — Am Abgrund. — Die „wohltätige" Republik. — Was fordert die K. P.? — Aus den Betrieben. — Im gräulichen Steinbruch.

Zu beziehen durch die Ortsgruppen der KAJ. und die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O. 17, Warschauer Straße 49.

Verantwortl. Red. und Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 35

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Offene Brief-Taktik der K.P.D.

Ehre gerettet — alles gerettet.

Ja, — die Ehre ging flöten bei dem letzten großen Rummel um den Sessel des ersten Staatsbakaien. Die KPD. hat ihre republikanische Taktik falsch angewandt. Der Versuch, die verdummten Proletariermassen im Interesse der KPD. zu mißbrauchen, hat sich gegen die KPD. gerichtet. Sie hat durch ihre Zwitterstellung Hindenburg zu seinem Thron verholfen.

Durch dies unerwünschte Wahlergebnis hat sie ihre parlamentarisch-republikanische Ehre verloren, im Interesse der großen Wählermassen, der verdummten Proletarier, wirken zu wollen. Das Ansehen der revolutionären Parlamentspartei ist trotz des scheinbaren Zuwachses in Sachsen zusammengebrochen. Diese Ehre gilt es vor den Massen wieder zu erobern. „Ran an die Massen! — befiehlt Moskau. Eine nicht ganz leichte Aufgabe. Doch die KPD. ist ja mit aller Intrige im politischen Sumpf aufgewachsen, sie hat schon oft genug den opportunistischen Sumpf als Lebenselement benutzt, um sich vor der Konsequenz des Unterganges zu bewahren.

Auf ein politisches Scheinmanöver mehr oder weniger kommt es nicht an. Vor allem gilt es nun den Schein, das Radikal-Reformistische, wieder zugewinnen, um das Interesse des Proletariats zu erobern. Man muß so tun, als wenn man so wollte!"

Die politische Diplomatie hilft. Diplomatie, — Ueberredung, — Vortäuschung! Der Zweck heiligt die Mittel: Wie viele Mittel hat die KPD., die 3. Internationale, schon entdeckt, um ihren Zweck zu erreichen. Erinnern wir nur daran, wieviel Scheinparolen ihr den Weg im opportunistischen Sumpf bahnen sollten. Mit wieviel Illusionen sie den Proletariermassen entgegentrat, um der russischen Politik gerecht zu werden. Masse ist für die KP. nur Mittel zum Zweck.

Unter den vielen Mitteln, die im Sumpf des Opportunismus als Rettungsanker dienen sollten, tritt auch die Taktik des „Offenen Briefes" hervor. Es ist das diplomatische Mittel, die eigene Korruption auf den überlegenen Gegner abzuwälzen.

Die KPD. hat sich dieses Mittels schon mehrere Male bedient, wenn sie bei den Massen in Mißkredit gefallen war.

Sie versucht es auch jetzt wieder gegen ihren Konkurrenten, die SPD., anzuwenden, um die bei der Reichspräsidentenwahl verloren gegangene Ehre zu retten. Diese Rettung soll sich auf Kosten des linken Flügels der SPD. vollziehen. Es dreht sich bei diesem Schachzug darum, auf Kosten der Opposition in der SPD. die verlorengegangene Ehre wieder zu erobern, und den linken Flügel der SPD. gegen den rechten auszuspielen, um mit einem guten Fang sein Ansehen wieder aufzufrischen.

Die SPD. sieht sich im Augenblick wieder ein wenig gefestigt in ihrer preußischen Parlamentsstellung, sie wird sich das Freundschaftsangebot der KPD. für die Zukunft, die ohne Zweifel eine Unsicherheit, eine Verschärfung der Parlamentskrise für sie bedeutet, reserviert halten, um damit der KPD. den letzten Rest des oppositionellen Charakters zu rauben.

Der Tag für eine ungestörte Koalition ist noch nicht gekommen. Die KPD. muß sich erst austoben, um im Hafen der SPD. sicher zu landen. Sie muß es, denn ihre Entwicklung treibt sie dahin.

Sehr willkommen erscheint ihr bei diesem Vorgehen die Krise im Preußischen Parlament.

Da es sich um eine parlamentarische, republikanische Ehre handelt, kommt es auf die Preisgabe einer scheinrevolutionären Phrase mehr oder weniger nicht darauf an. Die Hauptsache ist, sich mit einer populären Phrase vor den republikanischen Arbeitermassen, als echte republikanische Partei, gegenüber Hindenburg, zu rechtfertigen.

Nicht konsequente Klassenkampfpolitik zu treiben, das würde ja die ganze Vergangenheit über Bord werfen, den Verrat aufdecken, sondern nur die Massen immer tiefer in den Sumpf getrieben, damit sie nichts merken. Rechnungsträgerei den Massen gegenüber, bis zur äußersten inkonsequenz.

Die Massen verlangen Republik, — Koalitionsregierung, — Kampf gegen Hindenburg; nun gut, da gilt es für die KPD. in diesen Forderungen der SPD. die radikale Konsequenz zu predigen, der Aufklärung über diese Illusionsparolen den Kampf anzusagen. Der Oeffentlichkeit gegenüber muß schwarz auf weiß der Beweis gebracht werden, daß die KPD. in diesem Sinne gewillt ist, mit der SPD. eine Koalition einzugehen. Im Voraus weiß man, daß es sich nur um einen kleinen Teil oppositioneller SPD.-Mitglieder handelt, wie in Sachsen, die auf die Leimruten der KPD. laufen. Aber der offene Brief muß sein, um sich vor der republikanischen Oeffentlichkeit zu rechtfertigen und zu reinigen. Es ist die politische Diplomatie der KPD.

Auf der einen Seite wird die Offene-Brief-Praxis der KPD. durch den ehemaligen Prominenten Brandler, in Sachsen, in der Sitzung der erweiterten Exekutive der Komintern als organisationsschädigend über Bord geworfen, auf der andern Seite wird in Preußen dieselbe Methode wieder angewendet.

Der Zweck heiligt die Mittel, und auf eine Verleumdung mehr oder weniger kommt es nicht an. Man hat seine Ehre gerettet.

Zwar hat die SPD. auf den Anruf der KPD. reagiert, um sich den Rücken zu decken, aber so schnell läßt sich diese alte, in Jahrzehnten mit Intrige geschulte Parteibürokratie nicht beeinflussen und von ihrer Stelle über den Massen verdrängen.

Da ist die Führerclique der SPD. und der Gewerkschaften viel zu gerissen zu, um einem so plumpen Wink sofort zu folgen. Zwei Konkurrenten stehen sich gegenüber, von denen der eine unbedingt nach Rettung sucht und stürmisch drängt, und der andere, die SPD., mit den Achseln zuckt und verstohlen lächelt.

Die SPD. kennt wie jeder Beobachter die Taktik der KPD. Sie weiß, daß der offene Brief nichts anderes bedeutet als einen diplomatischen Schachzug der KPD.

Der Ritter Hindenburg

Nachdem die deutsche Bourgeoisie durch die Wahl Hindenburgs die innerpolitischen Voraussetzungen für eine „nationale" Außenpolitik geschaffen hatte, durfte der Mann mit dem sogenannten gesunden Menschenverstand annehmen, daß jetzt vor aller Welt die neue Pracht entfaltet würde. Der nationale Vorstoß gegen die Feindstaaten unter dem Marschrythmus der Heldenzeit wurde von den politischen Naiven erwartet. Eine Kriegserklärung gegenüber der feigen republikanischen Erfüllungspolitik und ein Bekenntnis zur nationalen Unabhängigkeit mit bewußter Spitze gegen das ausländische Kapital sollte der Welt die Entschlossenheit zur Verteidigung der nationalen Belange beweisen. Die Wahl Hindenburgs als neue Kampfparole gegen die ganze Welt war als eine Demonstration gegen den Versailler Vertrag und als ein imperialistischer Auftakt gedacht, welcher der Welt den entschlossenen Widerstand des deutschen Kapitals gegen alle Unterdrückungsgelüste der internationalen Bourgeoisie verkünden sollte. Es ist bei der bloßen Demonstration verblieben, weil das deutsche Kapital weder den Mut noch die Möglichkeiten zu einem ernsthaften Widerstand hat. Die Hervorkehrung der außenpolitischen Wirkung einer Reichspräsidentschaft Hindenburgs war nur ein Bluff zur Ablenkung von den innerpolitischen Krisenerscheinungen. Die nationale Außenpolitik sollte die Wirtschaftskrise, welche nur als eine Folge des Dawesabkommens hingestellt wurde, beseitigen. Diese Politik war nur eine notwendige Fortsetzung und konsequente Folge der mit der sog. Stabilisierung nach der 800 Millionen Markanleihe einsetzenden systematischen Abwälzung der Erfüllungslasten auf das Proletariat. Es mußte gegenüber diesem nicht mehr zu verschleiernden, weil zu offen und brutal auftretenden Programm ein Gegengewicht, ein Sündenbock geschaffen werden. Die Inflationszeit mit ihren für die Masse der Bevölkerung anfangs undurchsichtigen und erst im letzten Stadium in katastrophenform durchbrechenden Ausbeutungscharakter hatte eine Steuerpolitik notwendig gemacht, deren Klarheit nichts zu wünschen übrig ließ. Die ungeheuer zerstörte Substanz des nationalen Kapitals und die Verflüchtigung in die sog. Sachwerte, in konstantes Kapital, bzw. in überbewertete Devisen hatten eine starke Kapitalarmut hervorgerufen. Das variable Kapital zur Inbetriebsetzung der Wirtschaft fehlte ganz und mußte unter schwersten Bedingungen vom ausländischen Kapital beschafft werden. Eine Neubildung aus eigener Kraft auf nationaler Grundlage, wie sie in Rußland versucht wird, kann bei einem Industrielande nicht schon deswegen nicht in Frage kommen, weil es eine technische Stagnation, eine Beschränkung auf die vorhandenen Produktionsmittel — das bedeutet Unmöglichkeit des Exports — und das Vorhandensein genügender Rohstoffe im Inland, zur Voraussetzung hat. Die Anleihen des deutschen Kapitals im Ausland und auch die weitere Abhängigkeit von der Belieferung mit Rohstoffen durch das Ausland banden und binden die deutsche Bourgeoisie vorläufig an eine Politik des Ausgleichs. Sie ist sich dessen auch in jeder Minute bewußt gewesen. Während des Wahlkampfes mußte sie natürlich dieses Moment verschweigen und sich zu einer aktiven Außenpolitik bekennen.

Nach dem Siege hört man es anders. Von einem neuen Kurs ist garnicht die Rede. Im Gegenteil, zum Erstaunen der Republikaner erklärt der Monarchist Hindenburg, es bleibe alles beim Alten. Die bewährte Politik des Herrn Stresemann mit dem Sicherheitsangebot an Frankreich wird gutgeheißen und Herr Reichskanzler Luther erklärt es

„für eine geläufige Wahrheit, daß zwischen Politik und Wirtschaft ein unlösbarer Zusammenhang besteht."

Die Politik als Instrument der Wirtschaft lautet die ganze klare und selbstverständliche Formulierung, die eine glatte Kriegserklärung der herrschenden Schwerindustrie an die Politik der nationalen und nationalistischen Belange ist. Der Rückritt des bewußten Vertreters der Schwerindustrie Jarres gegenüber dem „unpolitischen" Hindenburg war nur eine notwendige Konzession zum Einfangen der nationalen Massen für die Politik der Schwerindustrie. Der Versackungspolitiker Jarres bot kein auf breiter populärer Grundlage aufgebautes Programm. Er war nach außen zu stark als Vertreter einer bestimmten Politik gebrandmarkt. Die ver-

Der 24stündige Generalstreik der K. P. D

„Man darf nicht immer nur reden, — man muß auch mal was tun!

Die KPD. lieferte den Beweis dafür. Was sie tun will, davon spricht sie auch; sie will nicht das Proletariat zum Kampf gegen die bestehende Gesetzesordnung, gegen die Staatsordnung, zur Revolution aufrufen, — nein, sie ruft auf zum 24 stündigen Generalstreik zum Schutz der bestehenden Staatsform, der Republik.

Sie muß ja beweisen, daß sie etwas tun will im Interesse der demokratischen Republik, daß sie eine republikanische Partei ist. Wir erinnern uns, daß sie das schon einmal getan hat anläßlich des Rathenaumordes, und als die Republik im Rheinland bedroht wurde.

Nun ist wieder einmal die Republik in Gefahr.

Der republikanische Linksbürgerblock ist durch die Demokratie im Wahlrummel unterlegen, und Hindenburg wird in den nächsten Tagen seinen Einzug in die Republik halten.

Die KPD. sieht sich auf Grund dieser Tatsache veranlaßt, der alten Republik, oder vielleicht der beim letzten Rummel abgewirtschaften, eine Ehrenkundgebung zu geben.

Das Berliner Proletariat muß einmal wieder Spielball der korrumpierten KPD. sein, vielleicht sogar wieder sein Blut um die Tatenlust dieser Partei zum Hohn der gesamten Bourgeoisie hergeben.

Kein Mittel scheint der KPD. zu unsinnig und zu nichtswürdig, um sich vor den Massen aufzuspielen. Als Ausgangspunkt ihres gemeingefährlichen Humbugs benutzt sie die Betriebsräte. Die „Rote Fahne" vom 5. Mai schreibt:

„Den Weg des wirklichen Kampfes gegen die Monarchisten hat die KPD. durch den „Offenen Brief" an den ADGB. und die SPD. gezeigt. Die Berliner revolutionären Betriebsräte, die sich schon während des Wahlkampfes für die Mindestforderungen des „Offenen Briefes" ausgesprochen haben, begrüßen insbesondere den Vorschlag: den Einzug Hindenburgs in Berlin durch einen 24 stündigen Generalstreik würdig zu begrüßen."

Der KPD. möchten wir nur die Frage auf ihre Solidaritätskundgebung für die bürgerliche Republik vorlegen, „was sie nun als Konsequenz ihrer Haltung bei einem evtl. Siege Marx für einen Rummel aufgezogen hätte?"

Der Arbeiterklasse müssen wir sagen, daß sie sich nicht in solchen Manövern mißbrauchen lassen soll.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, wenn sie den Willen zum Kampf aufbringt, diesen mit Konsequenz zu Ende zu führen, d. h. mit dem ganzen kapitalistischen Staat und seiner ausgeblichtenen Republik. Schluß zu machen. Die Republik mit allen republikanischen Parteien muß zerstört werden, um den Weg für den Klassenkampf frei zu haben.

schleierte Form eines unpolitischen Kandidaten war daher für die deutsche Bourgeoisie nach innen nötig. Es wäre ihr viel lieber gewesen, wenn Jarres genügt hätte. Deshalb versuchte sie auch jetzt mit aller Gewalt, Hindenburg aus außenpolitisches Programm zu diskretieren. Hindenburg muß daher als Republikaner fungieren. Er legt alle wilhelminischen Friedensauszeichnungen ab und dekoriert die „Heldenbrust" nur mit dem kriegerischen Lorbeer, der nach der Auffassung der deutschen Bourgeoisie auf überparteilichem vaterländischem Boden gewachsen ist. Unter schwarzrotgoldenen Fahnen wird ihm vom sozialdemokratischen streng republikanischen Reichstagspräsidenten Loebe der Eid auf die Verfassung abgenommen.

Die deutsche Bourgeoisie ist zufrieden. Die Demokraten haben sich ganz entschieden beruhigt, nachdem das Volk für Hindenburg „gesprochen" hat. Sie erkennen Hindenburg als Republikaner an, weil er doch der Repräsentant Deutschlands ist und eine Herabsetzung dieses höchsten Würdenträgers doch für das „deutsche Ansehen im Ausland" schädlich wäre. Sie müssen Hindenburg zum Erfüllungspolitiker stempeln, weil sie das Vertrauen des Auslandes stützen müssen. Genau so, wie sie zuerst aller Welt verkündet haben, Hindenburgs Wahl bedeute die Zurückziehung der Kredite und den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, so müssen sie jetzt das Gegenteil beweisen und den unveränderten Kurs der Außenpolitik als eine unumstößliche Tatsache der Welt verkünden. Es ist ganz klar, daß sich auch die Sozialdemokraten in diese Front einreihen müssen. Sie, die Retter der Republik von Gottes-Wilhelms Gnaden wollen natürlich nicht dem unveränderten außenpolitischen Kurs schaden, sondern nur ihre Machtstellung im Innern gegenüber der durch Hindenburgs Wahl in Gang gebrachten völligen Ausmerzung, behaupten. Eine durch „Diplomatie" erreichte und zu erreichende Herabsetzung der Zahlungen an die Entente haben sie bisher unterstützt und werden sie auch weiter unterstützen, weil sie nur die „pazifistische" Methode im Augenblick für möglich halten. Der Sieg Hindenburgs bedeutete aber für sie nicht nur der Auftakt zu ihrer Beseitigung aus den Verwaltungsposten, sondern auch zu einer rücksichtslosen und brutalen Ausbeutung und Steuerpolitik, die ihnen die Möglichkeit einer sozialreformerischen Politik und damit den Einfluß auf die Massen nimmt. Das Prinzip der Arbeitsgemeinschaft, das A und O ihrer Existenz, wird auf diese Weise völlig zerschlagen. Es ist daher ein Kampf auf Leben und Tod, der mit einer Niederlage der Gewerkschaften enden muß, weil die kapitalistische Entwicklung sie überflüssig macht. Nur die Umstellung auf die Betriebe, der Kampf auf dem Boden der Allgemeinen Arbeiter-Union wird die Arbeiterschaft vor der Kapitulation bewahren können. Das unmittelbare Ringen um die Macht im Betriebe, in der Werkstatt selbst, und nicht über und durch die Instanzen mit den Waffen des Klassenkampfes kann allein eine Entscheidung herbeiführen.

Das deutsche Kapital hätte diese innerpolitische Zuspitzung sicher noch eine Zeit lang hinausgeschoben, wenn es möglich gewesen wäre. Die außenpolitische Situation verlangt dies unbedingt. Die Räumungs- und die Sicherheitsfrage wären unter republikanischer Flagge leichter zu bewältigen gewesen. Die Gerüchte, daß sich die Schwerindustrie der Zustimmung Englands versichert hat, bevor sie für die Wahl Hindenburgs eingetreten ist, sind ganz unsinnig, weil gerade diese Kandidatur die Vermittlerrolle des englischen Kapitals stark durchkreuzt. Nur die wirtschaftliche Situation hat die deutsche Bourgeoisie zur Verstärkung der Ausbeutung gezwungen. Die enorme passive Handelbilanz, welche zusammen mit der zur Stützung der Währung notwendigen Devisen seit dem 1. 1. 1924 den runden Betrag von 5,5 Milliarden ausmacht, bedeutet ein erschreckendes Warnungszeichen. Der Ueberschuß von 2 Milliarden, den der Haushalt des Jahres 1924 aufweist, ist von den Rückständen aus der Inflationszeit, wie Liebesgaben an die Schwerindustrie, Landwirtschaft usw. völlig verbraucht. Das neue Jahr bringt ein Defizit von 3000 Millionen, das durch Steuererhöhungen aufgebracht werden soll. Der Export, soweit er nicht Schleuderexport ist, liegt völlig darnieder. Kein Handelsvertrag ist abgeschlossen. Ueberall starrt dem deutschen Kapital ein Schutzzollwall entgegen. England, das vor dem Krieg der stärkste Abnehmer Deutschlands war, hat sich gegen die deutsche Einfuhr verbarrikadiert. Die Notwendigkeit der ausländischen Anleihen bringt eine erhebliche Steigerung der Fertigfabrikateeinfuhr. Dagegen sinkt die Ausfuhr der Fertigfabrikate. Der Reichsminister a. D. Hamm erklärt dies „für eine verderbliche Erscheinung bei einem auf Verarbeitung und Verarbeitungslöhne angewiesenen Land." Er verlangt Herabsetzung der hohen Preise für deutsche Waren. Die Produktion müsse vermehrt, verbilligt und Kapital gesammelt werden. Dieses Programm ist eindeutig genug, wenn man bedenkt, daß bei der augenblicklichen Lage der deutschen Wirtschaft nicht nur keine Akkumulation, sondern ein Fallen der Substanz vorliegt. Die Zahlen, die von dem Vertreter des Einzelhandels auf dem Industrie- und Handelstag gebracht sind, sprechen in dieser Beziehung eine eindringliche Sprache, wenn man sich auch hüten muß, sie für vollständig glaubwürdig zu nehmen. Grünfeld berechnet das Volkseinkommen im Jahre 1913 auf 40 bis 43 Milliarden gegen 34 Milliarden im Jahre 1924. Die öffentlichen Abgaben im Jahre 1913 hatten 5 bis 5½ Milliarden betragen, während sie jetzt auf 10,9 bis 11,8 Milliarden gestiegen seien. Die Akkumulation hatte 1913 8 bis 9 Milliarden betragen. Selbst bei eingeschränktem Verbrauch, müsse heute ein Defizit von 2 Milliarden angenommen werden. Im Lohnabzugsverfahren hatten 22 Millionen Arbeiter 1,33 Milliarden abführen müssen, während Einkommen- und Körperschaftssteuer der Unternehmer rund 1,18 Milliarden gebracht hatten. Er verlangt daher Herabsetzung der Steuern. Der Staatshaushalt hat aber zur Sicherung der Währung und zum Ausgleich der ordentlichen Ausgaben 300 Millionen Erhöhung nötig, denn ohne Ausgleich sind keine ausländischen Anleihen für die außerordentlichen Bedürfnisse zu erhalten. Neue Steuern bei den heutigen, kaum noch herabsetzbaren Löhnen der Arbeiterschaft bedeutet weiteres erhebliches Sinken der Kaufkraft und Stillegung der Produktion. Eine Kapitalssammlung ist ganz ausgeschlossen. Bei dieser verzweifelten Lage ist die deutsche Bourgeoisie gezwungen, die schärfste Ausbeutung des Proletariats und ein zweites Hindenburg-Programm durchzuführen.

Nur die rücksichtsloseste Energie gegen die Arbeiterschaft kann das „gefestigte" Kapital retten. In dieser Situation schwenkt die KPD. in einiger Front mit der SPD. in das kapitalistische Lager ein, anstatt die Situation zu analysieren und den Sieg Hindenburgs als einen Sieg des Kapitals zu werten, der nur auf Unkenntnis der wirklichen Lage des Kapitals zurückzuführen ist. Revisionismus dann zu predigen, wenn seine historische Rolle erledigt ist, kann nur die „Kommunistische Partei" Deutschlands, die Sektion der III. Internationale, fertig bringen. Sie macht Revolution, wenn die revolutionäre Stimmung vorüber ist. Sie macht in Revisionismus, wenn die Massen vom Revisionismus wegzulaufen beginnen. So bleibt man Massenpartei. Der offene Brief ist ein besonderes Kapitel und muß noch besonders gewertet werden.

Das Proletariat darf sich nicht von der Parole der Republik fangen lassen, wenn es um seine Existenz als Klasse geht. Es muß endgültig mit den parlamentarischen und kapitalistischen Wiederaufbauillusionen brechen. Es wird dies auch geschehen, wenn die Situation klar wird — und sie muß klar werden.

Politische Rundschau

Der nichtsche „Vorwärts"-Schmock

In seiner Morgenausgabe vom 5. Mai bringt der „Vorwärts", ausgerechnet das Stampfer-Reptil, eine Notiz mit der Ueberschrift:

Rückkehr nach Byzanz.
Der rasende Poet bei Hindenburg.

Da wird gegen den Byzantinismus einer Journaille von der Nachtausgabe des „Tag" zynisch Stellung genommen. Folgende Sätze haben es dem „Vorwärts"-Helden angetan, die das Arbeitszimmer als Museum des alten greisen Nationalheroen folgendermaßen schildern:

„Das Packendste: der durchschossene Gardehelm, den Hindenburg bei Königgrätz trug. Ein paar Millimeter tiefer, und ein törichtes Bleistückchen hätte vielleicht ein heldisches Leben im frohen Beginn jäh unterbrochen und damit der Weltgeschichte einen anderen Lauf gegeben."

Doch nun muß man schon noch den Kommentar vom „Vorwärts" lesen, um dessen abgrundtiefe moralische Verdorbenheit richtig würdigen zu können. Man bedenke nur, daß die Stampfer'sche Klicke durch bürgerlichen Gerichtsbeschluß mit Unterstützung der Hindenburgdirektion verboten wurde und daß diese Klicke Hindenburg mit einem Kinder-Opposition in Berlin daraufhos schmiert, und nun folgendes dazu sagt:

„Die törichten Bleistückchen haben seit 1866 den Reiz der Seltenheit verloren und haben gründlich Geschichte gemacht. Im übrigen ist der rasende Poet von der Nachtausgabe des „Tag" sehr im Irrtum. Auch ohne Hindenburg hätte die Weltgeschichte denselben Lauf genommen, auch ohne ihn wäre der Krieg so ausgegangen, wie er ausgegangen ist. **Ein Volk, das so im Geiste kritikloser Götzenanbetung erzogen war und zur Vergötterung alles dessen, was Offiziersuniform trug, vom „Obersten Kriegsherrn" bis herunter zum jüngsten Leutnant, ein solches Volk mußte ja den Krieg verlieren!**

Den Krieg von 1866 hat bekanntlich „der preußische Volksschullehrer" gewonnen. Aber den Krieg von 1914 bis 1918 hat letzten Endes der deutsche Zeitungsschmock verloren. Ja, rasender Poet von der Nachtausgabe des „Tag" — du hast diesen „Lauf der Weltgeschichte" bestimmt!"

Diese Burschen, die selbst alles mögliche getan haben, um jede, auch nur die geringste Opposition gegen die Militärdiktatur mit brutaler Gewalt, mit Demunziation zu unterbinden, wollen sich noch jetzt über das unreife Volk lustig machen. Greifen wir nur ein Beispiel von „Heldenverehrung" raus unter den Abertausenden während des Krieges: So sagte der Sozialdemokrat Wolfgang Heine 1915 in Stuttgart im Februar folgendes:

„. . . **Vertrauen wir zunächst einmal auf die deutschen Waffen. . . . vertrauen wir auf die deutschen Feldherrn . . . . vertrauen wir auf die Friedensliebe und den Friedenswillen des Kaisers. . . . wir Sozialdemokraten haben nicht selten Gelegenheit genommen, auch schon in den letzten Jahren . . . ihm unseren Dank für diesen ernsten und tätigen Friedenswillen auszusprechen . . .**"

Dies nur kurz zur Anbetung und Götzenverehrung.

Der „preußische Volksschullehrer", der angeblich den Krieg von 1866 gewann, Heber „Vorwärts"-Helden, ist noch eine sehr sagenhafte Gestalt, aber keine sagenhafte Gestalt, sondern eingemachte Wahrheit, ist der **reklamierte denunzierende deutsche Gewerkschaftsbonze und der dieselben Eigenschaften besitzende sozialdemokratische Parteisekretär; und auch Redaktionsbonze, der sich 1914 in chauvinistischer Begeisterung überteuer, der sich 1914 in chauvinistischer Begeisterung überschlug und die ganze Welt besiegen wollte;** denn am deutschen Wesen sollte bekanntlich die Welt genesen. Dieses zum Steuer der Wahrheit, immer wieder der Vergangenheit entreißend.

Daß aber der „Vorwärts"-Schmock etliche Tage nach „SEINEM" Tode — nach Eberts Himmelfahrt — erbost ist über die Hindenburg-Fußküsserei ist doch nichts weiter als Neid. Der Byzantinismus am Grabe des einfachen Durchschnittsmenschen Ebert, dessen geistige Leistung niemand kennt, weil keine vorhanden ist, war doch wohl das Höchste, was geboten wurde. Wir sehen absolut keinen Unterschied darin, ob man eine Pickelhaube oder eine Angströhre anbimmelt. Also laßt ruhig, ihr „Vorwärts"-Schmocks, euren Konkurrenten auch etwas Bewegung in der Ausschleimung, sintemalen ihr doch während des großen Stahlbades nur durch den Zeitungskopf vom Berliner Skandal- oder Lokal-Anzeiger zu unterscheiden ward.

Und es stimmt, ohne Hindenburg wäre auch der Krieg verloren gegangen auch ohne Ebert diese Republik gekommen, auch ohne Noske die Revolution gemeuchelt, aber ohne Sozialdemokratie, ohne Gewerkschaften, die beide die vielen Noskes und Eberts bedingten, hätte der Krieg nicht solange dauern können, hätte auch das deutsche Proletariat den Auftakt der russischen Revolution besser deuten können und wäre heute Hindenburg nebst seinem Schmock nicht mehr dishtutierbar.

Der Weg von Noske führte unvermeidlich zu Hindenburg und hat zu Hindenburg geführt. Aber der Weg von Hindenburg soll nicht zu Noske zurückführen."

Dazu müssen wir bemerken, deren Gehirn noch nicht leninistisch, bolschewistisch in Thesen-Disziplin erstarrt ist, daß solche Frechheit einfach nicht in Worte zu kleiden ist.

Erstens erklärt man mit dem harmlosesten Gesicht, man war sich einig, dem Noskiden Braun seine Stimme zu geben, leider hat er sie nicht gewollt.

Hinterher, ein paar Sätze weiter sagt man, **daß von Hindenburg der Weg nie wieder zu einem Noske zurückführen solle,** und bekräftigt diese Beschwörung der Geschichte mit dem Ausruf:

„Nieder mit den sozialdemokratischen Helfershelfern der bürgerlichen Weltreaktion!" („Inprekorr" Nr. 18 vom 2. Mai, Seite 494.)

Und vorher daselbst:

„Auf zur Schaffung der Einheit der Gewerkschaften!"

Wie die Proletarier der KPD. dieses Gemisch der blödesten Demagogie verdauen werden, ist uns ein Rätsel. Also die Sozialdemokratie: „Nieder".

Richtig, sagen wir. Aber „Nieder" etwa dadurch, daß man diesen größten Strolchen der Geschichte erstmals die Massen durch die Gewerkschaftsparole zutreibt, wo sie vollständig den Krallen der Sozialreformisten ausgeliefert sind, und zweitens etwa dadurch, daß man sogar dem Sozialdemokraten Braun seine Stimme geben wollte, gegen Anerkennung von ein paar nichtssagenden, sogar eigenen Forderungen der SPD.? Deren Erfüllung der Kapitalismus sich nur dann gefallen läßt, wenn er seine Grundlage gefährdet sieht, ala November 1918. Dieser „dialektische" Widerspruch gleicht so recht dem Argument der SPD. vom „kleinen" und „großen" Uebel, von deren dauernder Wahl dem Proletariat wohl bald übel werden muß.

Ob denn nicht auch mal den Proletariern der KPD. von dieser Art kommunistischer Taktik übel wird und sie aus dem Stinkstall des rötlich angestrichenen Sozialreformismus mit der Firmierung: „Offener Brief" ausbrechen, um in der reinen Luft des revolutionären Klassenkampfes, in den Betrieben, wieder zu gesunden?

Die Parole der SPD. 1919

„Der Sozialismus marschiert"

führte zu Hindenburg.

Der „Offene Brief" der KPD. im Auftrage Rußlands 1922, führte zum Affentheater in Sachsen im Oktober 1923, führte zum Brandlerismus, d. h. zum Noske-Kurs. Wollt ihr erneut mit dem „Offenen Brief", unter der „Linken" Führung, dieses Affentheater wiederholen?

Sind der grimmigen Erfahrungen noch nicht genug? Ihr wollt die Einheitsfront. Wir auch. Aber wir wissen, daß diese nicht durch Zureden kommt, oder indem man in die gemütlichen Gemächer bequemer Denkungsweise der in kleinbürgerlichen Illusionen befangenen Organisationsgebilde, die Gewerkschaften, eindringen will und sogar auf Grundlage ihrer Hausordnung um Aufnahme „kämpft", sondern jetzt erst recht gelten die Worte von Karl Liebknecht:

„Nur aus schonungsloser Kritik kann Klarheit erwachsen; nur aus Klarheit Einigkeit; nur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen die Kraft zur Schöpfung einer neuen Welt des Sozialismus. " (Karl Liebknecht. Nachlaß.)

Thema: „Abrüstung" zur See

London, 2. 5. (WTB.) Blättermeldungen zufolge hat die Firma Hadfields in Sheffield eine neue 40 cm-Granate hergestellt, die bei Panzerplatten eine Durchslagskraft besitzen soll, wie man sie noch vor zwei Jahren für unmöglich gehalten hätte. Der Marinekorrespondent der „Daily News" weist darauf hin, daß dieser Stärkung der britischen Seemacht folgende Tatsachen gegenüberstehen. Frankreich werde einen neuen Zerstörertyp bauen, der mit Leichtigkeit den neuen 10 000-Tonnen-Kreuzer Englands: Amerikas und Japans versenken könne. Japan habe einen neuen Kreuzertyp geschaffen, der allen anderen Kreuzern gleicher Tonnagen überlegen sei. Die Vereinigten Staaten hätten gestern ein zum Minenlegen bestimmtes Unterseeboot auf Stapel gelegt, das über 2000 Tonnen Wasser verdrängt und Sterling kosten werde.

Kommentar überflüssig. Wenn noch etwas zu sagen wäre, dann höchstens dieses, daß Deutschland . . . „unser Deutschland" . . . nicht auch so mitmachen kann wie es gern möchte, in der stillen Hoffnung, daß es bald wieder losgehe, hat so manicher arbeitslose Werftarbeiter beim letzten Gang zur Urne Hindenburg gewählt. Denn dessen Name bedeutet tatsächlich ein Programm. Ob es nun gerade ein großzügiges Rüstungsprogramm ist, liegt wohl mehr im Reiche des Wunsches. Der Hindenburg bedeutet eine Neuauflage des noch lebhaft in Erinnerung stehenden Hindenburg-Programms während des Krieges für die Wirtschaft.

Mag das Proletariat jetzt schon rüsten in den Betrieben, um gegenüber den kommenden Stürmen gewappnet zu sein.

Paul Levi — der Fuchs

Paul Levi, der bekannte und übelberüchtigte deutsche Revolutionsadvokat, der durch Luxemburg und Liebknecht, wie soviele andere „geistige Blüten" anzogen wurde wie die Motte durchs Licht, läßt immer lauter von sich hören. Die „Rote Fahne am Montag" benutzt seine Auslassungen nun als Leitartikel. Ach wie schön wäre es doch gewesen für die Einheitsfront, wenn Levi schon etwas mehr zu bestellen hätte in der SPD. Dann wäre sogar nach dem Wunsch Sinowjews ein richtiger „Linkskandidat" als Heros der Einheitsfront möglich gewesen . . . Schade, wirklich sehr schade . . . Niemand bedauert dieses aufrichtiger als wir.

Was will nun Levi mit folgenden Stichproben, die wir herausgreifen, bezwecken. Er sagt einleitend in der Nummer 17 seiner „Sozialistischen Politik und Wirtschaft":

„Man hat uns in dieser Wahl viel von dem alten Trottel Hindenburg erzählt, ein Spielball in der Hand einer Clique. Wir sind überzeugt, daß dem so ist. Aber Marx? Der Volkskandidat Marx? **Wem kochte nicht das Blut in den Adern, wem er schweigend mit ansehen mußte, wie dieser reaktionäre Sonntagnachmittagsprediger, dieser Volksverhemmungspolitiker par excellence, diese willenlose Puppe in der Hand von ein paar Schlebers hinter ihm, uns angepriesen wurde als die schlaue und reifste Frucht vom Baume der deutschen Demokratie? Aber das alles** dahingestellt: diese ganze Volksblockkomödie war ein katastrophaler Irrtum, mit welchem Namen auch immer in der Komikerrolle."

Und zum Schluß folgendes zu sagen:

„So ist das Spiel verloren gegangen, ein Spiel, das gleichermaßen die psychologischen und politischen Existenzbedingungen des Proletariats verkannte.

Man sollte meinen, daß diese Lehre begriffen worden sei. Und doch weiß der „Vorwärts" am Morgen der Niederlage nichts Besseres zu versichern, als: weiter wie bisher „Schulter an Schulter usw. Das in dem Augenblick, in dem die Weggenossen, die Vertreter der Klein- und der Spießbürger, sich anschicken, ihren Weg zu gehen; dem Sieger zu folgen. Da war das, am Morgen nach der Schlacht, „vielleicht gar nicht so schlimm". Da erklärten Georg Bernhard in der „Voss." und Theodor Wolff in dem „Berliner Tageblatt" glatt ihren Umfall: „auf den Boden der gegebenen Tatsachen treten" heißt man das wohl. Die „Kampfgenossen", die wir nicht zu führen verstanden, werden uns verlassen, so will es das geschichtliche Gesetz."

Also Paul Levi kochte als ehemaliger Spartakushäuptling das Blut in den Adern, weil er **schweigend** — warum denn so schweigsam, olle plapprige Advokatenseele — mit ansehen mußte, daß seine Partei, die SPD. einen Jesuiten als Vorkämpfer für den geistigen und wirtschaftlichen Aufstieg bezeichnete. Nun ist das Malheur da, nun muß Paul reden und schreiben. Vor dem Proletariat wiederholt sich hier ein schon oft dagewesenes Schauspiel. Immer, wenn die Schafe innerhalb der parlamentarischen Hürde auszubrechen drohen, dann muß Sturm geläutet werden von der sonst sich sehr ruhig verhaltenen Opposition, die „sehr lange schweigend mitansieht" usw.

Levi ist die neue Zugmarke für viele Proletarier in der SPD. Er gilt sogar innerhalb der KPD. bei vielen Proletariern noch als „ehrlicher Sozialdemokrat".

Marke Scheidemann zieht nicht mehr. Seine gereizte Leber ist nicht mehr zubereitungsfähig. Noch sitzen Reuter, Friesland und Stampfer und Konsorten sehr fest im Sattel, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß dem Paul Levi einstmals die sozialdemokratische Beförderung zuteil wird. Auch Ruth Fischer und Scholem nebst Maslow mußten eingesetzt werden, als der Bankrott der KPD, so offensichtlich war, daß „wir uns bald hoch! — nieder — nieder — nieder!" Kleine Gruppen zu zwei, drei, — rußgeschwärzte Gesichter, aus denen die roten Augen auf das graue Straßenpflaster stieren. — Dann einige im proletarischen Sonntagsstaat, das russige Halstuch ist mit einem vergilbten Kragen, mit einer verschlissenen Krawatte vertauscht. Es ist Feiertag. — „Gott sei dank, daß wir mal einen Tag draußen sind."

Die Gruppen von Angetrunkenen versperrt den Fußweg: „Na Heinrich, woll'n we nich ma en dringken up en gesunden Mai?!"

Der Ekel steigt in den Angeredeten auf, man sieht es, sie sagen nichts, denn wohin die Augen in der belebten Straße sich wenden, taumelt eine menschliche Gestalt im proletarischen Arbeitsrock, — heisere Laute aus trunkenen Kehlen, proletarische Kampfgesänge, dringen lärmend durch die Straßen, reichen an das Ohr.

Massen marschieren in Feierstimmung. — Karneval könnte man sagen. Aus einer Kneipe, in der sich das leitende Personal der Gewerkschaften sonst zum hohen Rat versammelt, klingt wie ein Hohn aus versoffenen Kehlen das alte Maillied: „Den Feind den wir am tiefsten Hassen, ... das ist der Unversand der Massen!" — Feierstimmung.

Ein paar hakenkreuzgeschmückte Bourgeois gehen vorüber, — sie grinsen, ein überlegener Blick ist der Kneipe gewidmet: „1. Mai!"

Aus einer Querstraße hallt militärischer Massenschritt. Rote Fahnen tauchen auf. Jungsturm. Kommando: „Singen!" Ein Kampflied, heute zum Gassenhauer degradiert, erschallt. Ein paar feuchtfröhliche Kehlen gröhlen mit. Es ist Harmonie. Maifeiergeistesreife, gewerkschaftlich gezüchtete Gemeinschaftsgeist. „Dschingderassa, — Bummderasse, — Dsching, — Dsching, — Dsching!"

Eine Siegeshymne alter Veteranen. Die Fenster werden zugerissen. „Militär?" — „Nein, — Maifeier!"

Alles zieht den gemeinsamen Weg. Rechts und links auf

Achtung! Ortsgruppen und Postbezieher Achtung!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. Sendet Geld! Rechnet sofort ab! Vergeßt den Pressefond nicht!

Der große Bauernkrieg vor 400 Jahren

1525—1925
(Schluß.)

Oekonomisch betrachtet waren die Forderungen der zweiten Phase des Bauernkrieges reaktionär, denn der Fortschritt lag zweifellos beim Bürgertum und den bereits genannten radikalen bürgerlichen Forderungen. Die Wiederherstellung der alten Verfassung und des alten Gemeineigentums an Grund und Boden hätte einen schweren Rückfall und überwundene Wirtschaftsstufen bedeutet. Politisch aber war gerade dieser Flügel der Bauernbewegung die eigentliche treibende Kraft zur Zerschetterung der Feudalmacht. Die Burgen, die rauchenden Burgen und Klöster, das Blutgericht von Weinsberg, sie beschleunigten den Untergang des kleinen Feudaladels, stärkten die Macht der Fürsten und der mit ihnen verbundenen Handelsbourgeoisie. Ja sei-- die Niederlage der aufständischen Bauern beschleunigte die Entwicklung der Warenproduktion und der Geldwirtschaft, denn die ungeheuren Geldstrafen, mit denen die Bauernschaft und die Handwerkerstädte die sich mit ihnen verbündet hatten, belegt wurden, haben wesentlich beigetragen zur Entwicklung kapitalistischer Wirtschaftsformen und zur Stärkung der Bourgeoisie.

Die Rolle der Intellektuellen und deklassierten Adeligen im großen Bauernkrieg ist deshalb beachtenswert, weil auch in der proletarischen Revolution diese Schichten eine ganz bestimmte Rolle spielen. Der niedere Klerus schlägt sich zum großen Teil auf die Seite der aufständischen Bauern, eine stattliche Anzahl von einfachen Dorfpriestern begleitet die Bauernheere als Feldschreiber oder politische Führer. Der Klassengegensatz innerhalb des Klerus tritt hier offen zutage. Die niedere Geistlichkeit übernimmt im wesentlichen die Aufgabe der theoretischen Fundierung der ökonomischen und politischen Forderungen der Bauern. Alle überragt die Gestalt Thomas Münzers, der gleichzeitig gewaltiger Agitator, Organisator, Theoretiker und Militärpolitiker ist. — Auch bei den Juristen und Verwaltungsbeamten offenbart der Bauernkrieg den scharfen Klassengegensatz zwischen den oberen und unteren Beamten. Die unteren und mittleren Beamten, die Schreiber, halten es größtenteils mit den Bauern und aufständischen Handwerkern, während die gelehrten Professoren den herrschenden Klassen das theoretische Rüstzeug liefern zur Rechtfertigung jeder barbarischen Grausamkeit. — Auch vom niederen Adel schließen sich eine ganze Anzahl den Bauernheeren an, Florian Geyer, in ehrlicher Hingabe auf dem äußersten linken Flügel stehend, Götz von Berlichingen in der bewußten Absicht, die Bauern hinzuhalten, zu demoralisieren und schließlich offen zu verraten.

Je schwächer entwickelt das Proletariat ist, desto größer ist relativ die Rolle des Lumpenproletariats. Im großen Bauernkrieg spielt das damals zahlenmäßig äußerst starke Lumpenproletariat eine erhebliche Rolle. Der geniale Organisator des Bundschuh, Joß Friz, benützte die herumstreifenden Bettlerscharen als seine Kuriere. Auch Thomas Münzer hat sich zweifellos der vagierenden Musiker und Studenten bedient. In den Bauernheeren bildeten sie ein gefährliches, zwiespältiges, undiszipliniertes Element, das eigentlich nur zu Raub und Plünderung zur Stelle war, bei jedem Kampfe jedoch zuerst davonlief und die übrigen Bauern mit fortriß. Nur soweit diese Lumpenproletarier durch die Schule der Landsknechtsheere gegangen waren, haben sie den Bauern geneutzt und mitunter, so in den Kämpfen um Würzburg und in Ingolstadt, sich beldenhaft geschlagen. Die Hauptmasse der Lumpenproletarier bildete jedoch die Armee der Konterrevolutionäre. Diese Landknechtsheere des Georg Truchseß des Henkers der deutschen Bauern, des Landgrafen von Hessen, des Markgrafen von Brandenburg Ansbach und des Bischofs von Würzburg, waren fast durchweg Bauernsöhne und städtische Proletarier. Aber sie nahmen keinen Anstand, um lockenden Sold ihre Klassengenossen niederzumetzeln. Freilich, sie waren auch nicht immer sehr zuverlässig für die herrschende Klasse. Nach jeder Schlacht kam es fast regelmäßig zu Meutereien, da die adeligen Führer ihre Söldner um den Schlachtsold zu prellen versuchten.

Die Niederwerfung des Bauernaufstandes war nur möglich dadurch, daß die junge Handelsbourgeoisie in den Städten, die sogenannten „Ehrbaren", den Krieg finanzierten. Die Bourgeoisie war damals vollkommen zufrieden gestellt mit verhältnismäßig geringen politischen und juristischen Konzessionen von seiten des Grundadels. Sie fühlten sich ganz wohl unter der Herrschaft der absoluten Monarchie, die zum großen Teil finanziell von ihnen abhängig war. Die Ehrbaren waren zufrieden, wenn sie neben dem weltlichen und geistlichen Adel auch eine Bank in den Landständen besetzen durften. Alle die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Bauern im 16. Jahrhundert zur Niederlage verurteilten, sind auch wichtige subjektive Faktoren an der Niederlage der Bauern schuld. Die aufständischen Bauern litten an ihrer eigenen lokalen Borniertheit, die nicht über die Kirchturmspitze hinausschen konnte und vollkommen zufrieden war, wenn sie örtlich einen Erfolg errungen hatte. Der herrschenden Klasse war es desmöglich leicht, an der einen Stelle die Bauern entgegenzukommen, an der anderen Stelle sie vernichtend aufs Haupt zu schlagen und so mit der Zeit die ganze Bewegung abzuwürgen. Die großen organisatorischen und strategischen Kräfte eines Joß Friz oder Thomas Münzer reichten nicht aus, um diese partikularistische Engstirnigkeit zu überwinden. Ihre tiefere Ursache liegt natürlich in der bäuerlichen Produktionsweise und in der gering entwickelten Gesamtwirtschaft der damaligen Zeit.

Eng zusammen mit diesem Fehler hängt der mangelnde Sinn der Bauernhaufen für straffere Zusammenfassung. Wohl finden wir Ansätze zur Schaffung einer eigentümlichen revolutionären Organisation der Hauptleute und Bauernräte. Im Rothenburger Haufen z. B. wählt jedes Dorf 2 Räte neben den militärischen Hauptleuten. Auch bei den übrigen Haufen werden regelmäßig die Räte genannt. Sie sollten offenbar politische und verwaltende Funktionen haben. Sie haben jedoch diese Funktion nicht oder fast garnicht ausgeübt. Vor allem mangelte es an jeglicher Organisation innerhalb der Heimatdörfer. Organisiert waren nur die militärischen Bauernhaufen und diese waren noch schlecht organisiert. Selbst einem Florian Geyer gelang es nicht, militärische Ordnung und Technik in die Haufen hineinzubringen. Kein Wunder, daß bei jedem Zusammenstoß mit der organisierten bewaffneten Macht der Konterrevolution diese Bauernhaufen wie Spreu vor dem Winde auseinanderstoben. Daß vorzügliche militärische Führer innerhalb der einzelnen Bauernhaufen gewesen sein müssen, geht daraus hervor, daß sie ihre Stellungen gegenüber dem Feinde meist sehr gut auswählten, wie Georg Truchseß in seinen Kriegsberichten sehr oft mit einer gewissen Bitterkeit erwähnt. Der Mangel an politischer Zielklarheit zeigte sich in der grenzenlosen Gutherzigkeit und Leichtgläubigkeit, mit denen die Bauern regelmäßig auf die Versprechungen und Schwüre der Fürsten und geistlichen Gegner hereinfielen. Diese hatten ihre Agenten innerhalb der Bauernhaufen. Die Agenten mußten jedem Beschluß energischen Vorgehens und der Anwendung organisierten Terrors entgegenarbeiten, Kompromisse vorschlagen und den Bauern raten, das kleinere Uebel zu nehmen. — Das besitzende Bürgertum der Städte spielt sehr häufig den Vermittler zwischen Bauernhaufen und Adelsherren. Natürlich läuft jedesmal diese Vermittlung auf eine grobe Täuschung der Bauern und Verrat und Vernichtung hinaus. Die Bauern aber ließen sich immer wieder täuschen und hielten sich durchaus nicht an ihr Wort gebunden. Der ganze Feldzug der Fürsten gegen die Bauern ist eine einzige Kette von Täuschung. Vorsätzlich, Niederträchtigkeit und barbarischer Grausamkeit. Auch hier dieselben Erfahrungen, die das revolutionäre Proletariat so oft erlebt hat.

Bitter gerächt hat sich an den Bauern ihre Bevorzugung des bürgerlichen Mittelstandes. Immer und immer wieder haben die aufständischen Bauern mit den besitzenden Schichten der Städte Vereinbarungen getroffen, statt einzig und allein sich auf die proletarischen Schichten in der Stadt zu verlassen. Die ganze Zweideutigkeit des städtischen Bürgertums beleuchtet das Beispiel der Stadt Kempten, die zu gleicher Zeit dem Abte des Klosters und dem umliegenden Adel Zuflucht gewährt und andererseits den Bauern gegenüber Freundschaft heuchelt. In jedem Augenblick der Gefahr haben die Stadtväter die Bauern und die proletarischen Elemente in der Stadt sofort preisgegeben, sind schutz- und bittflehend in das Lager der Fürsten gezogen, um wenigstens ihr eigenes kostbares Leben und ihr Eigentum zu retten. Dafür wurden dann Bauern und Proletarier zu Hunderten und Tausenden geköpft, gevierteilt, geblendet und verstümmelt.

Der große Bauernkrieg birgt also eine ganze Anzahl von Lehren und Erfahrungen die auch dem heutigen Proletariat in seinem revolutionären Kampfe und vor allem auch den von Kapitalismus ausgesaugten Landproletariat nützlich sind. Der große Bauernkrieg zeigt, daß ohne Kenntnis der Gesetze der Entwicklungsstufe, die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens von Industrie- und Landproletariat unmöglich sind. Der nicht nur die verräterische Rolle des städtischen Kleinbürgertums, sondern auch den objektiven Verrat der kompromißlerischen Führung. Er zeigt, wie Leichtgläubigkeit und Kompromißsucht sich an den revolutionären Massen furchtbar rächen, wie wenig die herrschende Klasse sich an gegebene Versprechungen und schriftliche Verträge gebunden hält, wie einzig und allein die Macht entscheidet. Die Fehler und Mängel der damaligen Bauernhaufen, ihre politische Kurzsichtigkeit, ihr Schwanken zwischen revolutionären und reaktionären Forderungen, ihre Unfähigkeit, große organisatorische Aufgaben zu bewältigen, waren die Fehler von damals. Und was gabest zu bewältigen, wenn die psychologischen Vorbedingungen schließlich dem großen Bauernaufstande vor 400 Jahren vor allem fehlte, und unter den damaligen Verhältnissen fehlen mußte und was schließlich auch durch keine noch so geniale Führerpersönlichkeit aufgewogen werden konnte, das war das Bestehen einer revolutionären politischen Organisation, wie sie eben nur das revolutionäre Industrieproletariat hervorbringen kann.

In den nächsten Nummern soll die Rolle Thomas Münzers gewürdigt und zugleich ein Literaturnachweis über den großen Bauernkrieg am Schluß gegeben werden.

Die Komintern war für den Kaiser- und Hindenburg-„Sozialisten" Braun

Die Mehrheit der deutschen „Linken" auch

Wie weit schon die sogenannte „Linke" in Deutschland dem Brandler und Konsorten voraus ist, plauderte Sinowjew am 29. April auf dem Parteitag der KP. Rußlands aus, als er ein Referat über die Ergebnisse der Tagung der Erweiterten Exekutive hielt. Laut „Rote Fahne" vom 5. Mai 1925, sagte er wörtlich:

„Ein zweites Beispiel für die politische Stabilisierung lieferten die Präsidentenwahlen in Deutschland. Der Redner informierte eingehend darüber, daß die **Exekutive der deutschen Delegation, ein Wahlkompromiß mit den deutschen Sozialdemokraten abzuschließen, wonach die Kommunistische Partei keinen Kandidaten in dem zweiten Wahlgang aufstellt, sondern unter gewissen Bedingungen** den gewannen Zeit durch diese Verhandlungen und hielten s

den Fußsteigen die Proletariergruppen, teils in feuchtfröhlicher Feierstimmung, teils in Diskussionen über den oder jenen Betrieb vertieft, der es nicht für nötig hielt, mitzufeiern oder der vom Unternehmer gütigst anläßlich der Feier stillgelegt war. In der Mitte der Straße, auf dem Fahrdamm, steuerten die Kampftrupps, Jungsturm und Reichsbanner, und die unbedingt benötigte Marschmusik, den Gleichschritt.

Auf zum Sammelplatz, zum Festplatz!

„Hier Festprogramm! — Hier Eintrittskarten zu 50 Pfg.! — Hier Matzeitung!" Die Einheitsfront ist geschaffen. KPD. und SPD. laden jeden Proletarier freundlichst ein zur gemeinsamen Maifeier. Jeder versucht dem anderen beim Verkauf der Seele die Konkurrenz zu machen. „Nur wer eine Karte hat wird zugelassen!"

Die Vorstellung beginnt. Umzug der roten Fahnen im Saal. — Musik spielt einen alten Schützenmarsch. Hei! Wie das mitreißt, alte Gewohnheiten, von anno 1914 oder um die schöne alte gute Zeit, ganz wie bei den alten Preußen. — — —

Selbst dem dreckigsten Proletarier muß da das Herz im Leibe lachen. Es ist ja kein Arbeitstag, Ruhe den ganzen Tag, kein Maschinengerassel, — frei sein, ein langersehnter Traum, ein einziger Tag ein Feiertag. — Und — ohne jeden Kampf, ohne Anstrengung.

Also, — Arbeitersängerbund: „Der Mai ist gekommen! . .." Dann ein Kampflied, dann eine große schöne Rede, etwas Begeisterung, ein paar goldene Worte von Freiheit und Kampf, und dann der glänzende Schluß mit der Verzierung von Einigkeit und — hinein in die Gewerkschaften unter den alten Parolen vom 8-Stundentag usw. usw.

Zum Schluß noch das altbekannte Lied: „Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben. Musik spielt — alles singt mit, Massengesang: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!"

Nun folgt, wie es jahrzehntelang gepflegt wurde, Massendemonstration mit mehreren Musikkapellen, durch die Straßen der Stadt zum Festplatz draußen, wo unter grünen Maibäumen die alte Kneipe zum gemütlichen Beisammensein einladet. Jeder wird seine Unterhaltung finden. Dafür sorgt die „Festleitung". Auf in den feuchtfröhlichen Massenkrieg: „Im Wald und auf der Heide!" Topfschlagen, — Sackhüpfen, — Vogelschießen usw. Und, — damit der erste Mai auch nicht eine Minute zum Nachdenken freiläßt. — Abends in den größten Sälen Tanz und Unterhaltung durch Sport und Komik, Volkstümliches Beisammensein."

Durch die nächtlichen Gassen wanken die Sklaven zu ihren Wohnkerkern. Morgen rufen die Stätten der Sklaverei, die Ausbeutungskerker wieder zur gewohnheitlichen Pflicht. Heute war Feiertag. Aus allen Kneipen hallen die heiseren Gesänge der betrunkenen Arbeitssklaven. — Dschingderassa, Bummderassa! — In den Rinnsteinen findet es sein Ende. Ein Hohn dem revolutionären Klassenkampf. Die Schamröte steigt jedem ehrlichen Kämpfer ins Gesicht.

So sieht der „Kampftag" der Gewerkschaften aus. Massenverdummung im Rausch.

Die Massen feiern ersten Mai, ihren Tag, — Verzweiflung und Pflegma reißt sie von Kneipe zu Kneipe, der erste Mai endet im Rinnstein. Kampfgesänge werden zu Gassenhauern. Dieser Eindruck, den ich in Eberswalde gewonnen habe, spiegelt sich an tausend anderen Orten in derselben Weise wieder.

Die Bourgeoisie lacht. Was sie sieht, ist die Ideologie, die Psychologie der Massen, nach der sie getrost ihre Kampfesweise organisieren kann. Unter dieser Flagge gibt es keinen Klassenkampf. Unter dieser Flagge des gewerkschaftlichen Maifeiertages ist das Kapital vor der Klassenerkenntnis des Proletariats, vor der proletarischen Revolution sicher. Das Proletariat, das am 1. Mai seinen Traditionen nachlief, war am 2. Mai wieder der willige Lohnsklave. Viele Großbetriebe wurden ohne Widerspruch geschlossen.

Der Klassenkampfcharakter, das rücksichtslose Vorgehen des Kapitals gegen das Proletariat, die heutigen Verhältnisse der Ausbeutung, die ihren Ausdruck in der Aussperrungsmethode haben, alles das wird durch diese Maimanöver unterdrückt, vor dem Proletariat verschleiert. Jeder Tag müßte heute dem Proletariat ein revolutionärer Kampftag sein. Feien kann das Proletariat erst, wenn es im Kampf gegen den Kapitalismus gesiegt hat.

Wirtschaft

Deutschlands Außenhandel im März

Geringe Ausfuhrsteigerung.

Die deutsche Außenhandelsbilanz im März weist gegenüber dem Februar eine kleine Besserung auf. Der Einfuhrüberschuß hat eine kleine Verminderung erfahren. Die Gesamteinfuhr betrug 1110,7 Millionen Mark gegen 1124,1 Millionen Mark im Februar. Die Gesamtausfuhr betrug 711,7 Millionen Mark gegen 631,4 im Februar. Der Einfuhrüberschuß, der im Februar 493,4 Millionen Mark betrug, ist demnach im März auf 399,0 Millionen Mark gesunken.

Unter Ausschluß des Außenhandels mit Gold und Silber, zeigt die reine Wareneinfuhr im März gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 34 Millionen Mark, die reine Warenausfuhr dagegen eine Zunahme um 79 Millionen. Die sich aus dem reinen Warenverkehr ergebene Passivität beträgt im März 328 Millionen Mark gegen 442 Millionen im Februar und 585 Millionen im Januar.

Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt die Tendenz der deutschen Außenhandelsbilanz:

Monat	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-überschuß	Ausfuhr-überschuß
	in Millionen Goldmark			
1913				
Monatsdurchschn.	933,84	849,88	—83,96	
1923				
Monatsdurchschn.	506,78	506,69	— 0,18	
1924				
Januar	564,9	431,0	133,9	
Februar	729,6	466,2	263,4	
März	692,7	456,6	236,1	
April	803,2	482,0	231,2	
Mai	886,8	516,2	370,6	
Juni	753,1	475,2	277,9	
Juli	556,5	573,4		16,9
August	448,2	589,4		141,2
September	623,4	564,1	59,3	
Oktober	855,6	611,9	243,7	
November	1048,3	643,5	404,8	
Dezember	1308,7	739,8	568,9	
1925				
Januar	1372,1	697,4	674,1	
Februar	1124,7	631,4	493,3	
März	1110,7	711,7	399,0	

Die von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse an die Märzbilanz geknüpften günstigen Schlußfolgerungen vermögen wir nicht zu teilen. An der Einfuhrverminderung sind Lebensmittel mit 23 Millionen Mark beteiligt und Rohstoffe und halbfertige Waren mit 53 Millionen Mark. Die Ursache der Einfuhrverminderung ist auf die rückläufige Bewegung der Auslandskredite zurückzuführen. Das Nachlassen der Auslandskredite wieder hat seine Ursache in der Uebersättigung des deutschen Marktes. Die kleinen Kredite wurden überwiegend in Waren hereingenommen, die größeren hauptsächlich wieder in Rohstoffen. Diese Zusammenhänge werden von jener Presse übersehen. Die Einfuhr von Fertigwaren ist auch im März noch um 1 Million Mark gestiegen; ebenso die Einfuhr lebender Tiere um gleichfalls 1 Million Mark. An der Ausfuhrsteigerung sind Fertigwaren, d. h. Industrieprodukte dagegen nur geringfügig beteiligt. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Fabrikaten betragen allein 22,8 Millionen, Steinkohlen 5,6 Millionen, Koks 3,8 Millionen. Das sind zusammen 30,2 Millionen Mark. Davon entfallen 9 Millionen Mark auf Textilstoffe (also auf eingeführte Rohstoffe; Durchgangsverkehr). An der Ausfuhrsteigerung sind ferner 9,6 Millionen Mark Textilwaren beteiligt, 10,1 chemische Produkte, 15,4 Millionen Mark Walzwerkerzeugnisse und Eisenwaren und 6,3 Millionen Mark Maschinen.

Ein internationales Walzwerkkartell?

Die amerikanische Konkurrenz und die Absatzkrise treiben das gegeneinander konkurrierende europäische Kapital zu immer engerer Konzentrierung und Konzernierung. In Wiesbaden wurde vorige Woche die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Deutschen Metallwerk- und Hüttenindustrie beendet, die wieder einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zum internationalen Zusammenschluß machte. Der Verband umfaßt 81 Werke mit 29 000 Arbeitern und hat die Untervereinigungen: Messingvereinigung, Kupfersyndikat, Kupferdrahtverband, Kupferrohrverband und eine Aluminium- und eine Nickelgruppe angegliedert. Generaldirektor Kommerzienrat Dr. Ashoff schilderte die Wirtschaftslage der Walzwerksindustrie als eine günstige. Der Auftragsbestand weise gegenüber dem Jahre 1923 eine Verdoppelung auf. Das will nicht viel heißen, wenn man noch nicht vergessen hat, daß das Jahr 1923 von der Ruhrbesetzung ausgefüllt war, die Werke die Produktion sabotierten und von den Staatskrediten lebten, die in entwertetem „Gelde" zurückgezahlt wurden.

Der Geschäftsbericht des Geschäftsführers beleuchtet die Lage ganz anders. Schon bei 32 der Werke, die ihr Kapital auf Goldwert umgestellt haben, ist das Gesamtkapital von 4,2 Milliarden auf 401 Millionen, also auf weniger als 10 v. H. zusammengeschrumpft. Bei dieser Umstellung aber ist die Kapitalangabe eher zu günstig als zu ungünstig angegeben. Nach der Goldmarkbilanzverordnung müssen nämlich die Aktien jener Werke, die in der Aktienzusammenlegung von Papiermark auf Goldmark unter 50 000 zu 1 heruntergehen, ihre Aktien neu an der Börse einführen. Diese Schwierigkeiten und Geldkosten werden von allen Werken gescheut, die sich eine Verschleierung ihrer investierten Kapitalien leisten können. Wie der Geschäftsführer weiter ausführte, wurden 1924 nur 51 000 t Halbfabrikate ausgeführt, gegen 70 000 t im Jahre (der Ruhrbesetzung!) 1923! Fast alle Auslandsmärkte sind verloren gegangen und eine Wiederoberung gehört zur Unmöglichkeit. Dabei hat die deutsche Walzwerkindustrie im Jahre 1924 nach British-Indien ihren Absatz von 13 000 auf 20 000 t gesteigert. In British-Indien aber ist eine gewaltige Hüttenwerkindustrie im Entstehen, die mit ihren billigen und ausgeruhten Sklavenmaterial und ihrer modernen Technik nicht nur gegen die europäische, sondern sogar gegen die amerikanische Schwerindustrie erfolgreich zu konkurrieren gedenkt.

Auch in nächster Nähe sind moderne Industrien im Entstehen begriffen, deren Konkurrenz dem deutschen Schwerkapital nicht gleichgültig sein kann. Generaldirektor Meßner aus Thun (Schweiz) gab ein interessantes Bild über die Entwicklung der Schweizer Walzwerkindustrie, deren Produktionsstand sich von 600 Tonnen am Jahre 1914 auf heute 2200 Tonnen gesteigert habe.

Der schlechte Geschäftsgang gegen 1914 und die neuerstehenden Kolonialindustrien, zuletzt nicht die Erdrückungsgefahr durch das amerikanische Kapital, sind wohl die Ursachen, weshalb das deutsche Schwerkapital sich seine „moralische Geste von 1923 abgewöhnt hat. Es wurde nämlich ausführlich über einen internationalen — soll heißen europäischen — Zusammenschluß der Walzwerkindustrie debattiert. Die Walzwerkindustrien Englands und der „Neutralen" stehen nicht besser als die deutsche. Auch Frankreich und Belgien, die gegenwärtig eine Inflationsschmutzkonkurenz ausüben, stehen bezüglich dieser Industrien auf schwachen Füßen. Die Erwägung in Wiesbaden über die internationale Kartellierung ist keine Anregung, sondern ein Reagieren auf gleiche Bestrebungen im europäischen Ausland. Die anderthalb Millionen Dauerarbeitslosen in England rekrutieren sich zu einem nicht unbedeutenden Teil aus der Walzwerkindustrie. Diese europäischen Industrien verhandeln bereits seit geraumer Zeit über eine internationale Preislestsetzung. Das beabsichtigte internationale Walzwerkkartell muß, um eine Preisregulierung durchzusetzen, die Absatzgebiete verteilen, um die Konkurrenz auszuschalten. Da das Kapital nicht produziert um die Gesellschaft mit Waren zu versorgen, sondern um des Profites wegen, bedeutet die Preisregulierung, d. h. die Preisheraufsetzung Produktionseinschränkung. Die Folge ist eine „Auslese der Tüchtigen" und Hinauswurf der weniger Leistungsfähigen. Der Sinn jeder Kapitalkonzentration ist das Arbeitslosenheer zu vergrößern um mit diesem auf Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitenden zu drücken.

Angesichts der chronischen Weltarbeitslosigkeit bedeutet das internationale Walzwerkkartell Verengerung der Produktionsbasis, Kaufkraftzerstörung, Konsum- und Produktionsrückgang. Diese Schraube ohne Ende geht langsam und mit vielen Windungen Auf und Nieder. Sie dreht sich aber unaufhörlich, übt Wirkung und Wechselwirkung in der Richtung auf der Bahn des sich abwärts bewegenden Kapitalismus.

Ausland

Sozialdemokratischer Ueberfall auf Kommunisten oder die entzweigegangene Einheitsfront in Dänemark

Wie man säet, so erntet man.

Die von Moskau befohlene Parole der Einheitsfront, wollten die Kopenhagener Moskauer in die Tat umsetzen. Diese schlossen sich daher an den Schwanz des Maifeierumzuges an. Sie waren alles in allem etwa 400 Personen, von denen etwa jeder Fünfte Fahnen- oder Schilderträger war. Angelangt auf dem Festplatz, wollten die Kommunisten ihre Fahnen inmitten die der sozialdemokratischen aufpflanzen und die Rednertribüne, welche von mehreren tausend Sozialdemokraten umlagert war, besteigen. Da sich unter den Fahnen der Kommunisten eine Fahne befand, welche früher der Sozdem. Jugend gehörte (die schönste unter allen Fahnen, mit der Aufschrift: Sozialdem. Jugendorganisation) und nach der Spaltung der Sozdem. J.-O. zu den Links-Sozialdem., spätere DKP. mit Recht übergegangen ist, wirkte auf die sozialdem. Jugend wie das rote Tuch auf den Stier. Die Fahne wurde den Kommunisten entrissen, die Kommunisten mißhandelt und ein Teil der übrigen Fahnen und Schilder zerrissen.

Hierauf sammelten sich die Kommunisten abseits und marschierten in geschlossenem Zuge unter voller Musik ab. Da die Sozialdemokraten dieses sahen, begleiteten diese den Zug unter Schmähreden und Schikanen bis auf die Straße, wo die älteren und jüngeren Sozialdemokraten die Kommunisten angriffen. Diese flüchteten auf einen geschlossenen Autohaltepatz, wo die Ordnungspolizei Absperrung vornahm. Die Polizei erschien im Panzerwagen und räumte, ausschwärmend, die Straße und hielt die anliegenden Straßen abgesperrt.

Obwohl das ganze uns, welche Augenzeugen der gesamten Vorgänge waren, seitens der Kommunisten ein wenig nach Provokation aussah, oder sollten diese dummen Opfer einer verrückten Moskauer Parole allzu siegessicher auf eine allzu brüderlich warme Aufnahme gehofft haben, psychische Einwirkung des Haßpredigens seitens der Sozialdemokraten unterschätzt haben, was man solch alten geriebenen Gaunern wie die Führer der hiesigen Moskauer sind, sicher doch nicht erwarten kann, so ist, abgesehen davon, das Geschehene eine Tat der Schande und reiht sich würdig ähnlichen Taten der Sozialdemokraten in anderen Ländern an.

Die Verhetzung der Massen ist so groß, daß allein das genügt, die Taktik des Führers der Arbeitsmänner, der nunmehr auf eigene Verantwortung gegen den ablehnenden Beschluß der Vereinigten Gewerkschaften den Streik sämtlicher Transportarbeiter dem Arbeitgeberverband angekündigt hat, also eine Handlung eines prominenten Führers der Sozialdemokratie anerkennt, genügte heute, um von den Massen niedergeschlagen zu werden. Wir haben 3 solcher Fälle angesehen, wo man die guten Argumente mit der Faust und Stöcken niederschlug.

Die Kommunisten wurden in Autos seitens der Polizei nach Hause befördert. Der Schutz, den die Polizei gewährte, wurde selbstverständlich nur widerwillig gewährt, das konnte man an dem ganzen Gehabe der Polizei erkennen und daß es möglich war, Straßenbahnen und Autos anzuhalten, die Kommunisten herauszuziehen und halbtot zu prügeln unter den Augen der Polizei, sollte den Protest jedes anständigen Arbeiters hervorrufen.

Die Sozialdemokratie Dänemarks trägt die Verantwortung für diese Schandtaten, indem diese und ihre Bundesbrüder, die demokratische Partei der Hochfinanz, eine Atmosphäre des Hasses schuf gegen Andersdenkende.

Aber auch die Moskauer fallen denselben Praktiken um Opfer, die diese gegen andere anwenden und besonders gegen unsere Genossen anzuwenden belieben. Wer Haß gegen theoretisch Andersdenkende und taktisch anders organisierte predigt, wer den anderen schlägt und als Verräter brandmarkt, muß sich nicht wundern, wenn er mit denselben Mittele behandelt wird.

Die tapferen Führer des kleinen Häufchens, welche in geistiger Verwirrung den Sirenengesängen Moskaus lauschten, fielen wie plötzlich von der Bildfläche verschwinden sehen. Man überließ die Letzteren sich selbst.

Eins soll noch bemerkt werden.

Die Sozialdemokratie, die da behauptet, daß das Maifest ein Tag des Kampfes sei für einige illusionäre Forderungen aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung, sagt das Gegenteil von dem, was ist. Wer heute die Fälloden besuchte, konnte konstatieren, daß mehr als ein Drittel von den 20 000 Teilnehmern vollständig besoffen war und ein Teil war mindestens angeheitert. Also aus einem Kampftag ist ein Sauftag geworden. Derartige Exzesse sind dann nicht verwunderlich. Die Richtigkeit des eben gesagten haben uns ein Teil Sozialdemokraten bestätigt.

Unter dem Banner des Pazifismus

In dem Artikel „Das Ende des Erdöls" wird die Bedeutung dieses Minerals, der Kampf um das wirtschaftliche Monopol klargelegt, um die Tatsache zu illustrieren: Die Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg wird lebendige Wahrheit. Der „New Leader" vom 20. 3. 25 bringt unter der einfachen aber treffsicheren Stichmarke: „Das Oel den Siegern" eine gute Brandmarkung der Heuchler vom Völkerbund und zeigt in schärfer Ausmalung den nackten politischen Hintergrund mit demselben Erfolg aus denselben Ursachen: Karthago muß zerstört werden, immer wieder: Völker hö- die Signale.

„Das Oel den Siegern" war der herrschende Grundsatz des Friedensvertrages. Dies wurde mit einer Gründlichkeit durchgeführt, die auch diejenigen befriedigen sollte, die aus einem Prinzip einen Fetisch machen. Das Arrangement über das Oel im Irack ist jetzt offiziell abgeschlossen.

Vier Gruppen werden zu gleichen Bedingungen daran teilnehmen: Die englisch-persische, die königlich holländisch und Shell Vereinigung, Standart Oel und ein Konsortium von französischen Gesellschaften. Die ersten beiden sind natürlich in jeder Hinsicht englische Gruppen, vertreten englische Interessen, und die „Türkische Petroleum-Gesellschaft", wie das Syndikat genannt wird, muß einen englischen Vorsitzenden haben.

Ob das Oel von Mosul (das ein Hauptpreis in diesen Regionen sein sollte), auch an dasselbe Syndikat kommen wird, hängt vom Völkerbund ab, welcher dieselben Sieger in genau denselben Verhältnissen darstellt. Es ist ein Gewinn für internationale Ideen und für den Frieden, daß die Ausbeutung der Hauptquellen in Iraque nicht ganz allein in den Händen der Hoheitsmächte sein wird. Trotz alledem hält der unparteiische Treuhänder in seinen eigenen Händen 50 v. H. der Anteile und die entscheidende Stimmung des Vorsitzenden, getreu seiner Pflicht den Eingeborenen gegenüber. Es ist ungewiß, ob die Quellen von Iraque tief sind, aber wahrscheinlich sind sie ergiebig genug, um die Luftstreitkräfte zu versorgen, welche die Steuern eintreiben.

Das Kapital übernimmt wie gebräuchlich einen Besitz, eins aber will bedünken, wenn wir die Millionen nachrechnen die nötig waren, um Iraque sicher zu machen, daß es die englischen Steuerzahler waren, die sie trugen.

Soweit der „New Leader". Daß im übrigen die Zeitung Chamberlain das Genfer Protokoll begraben hat, daß er brutal und offen die Unterwerfung unter ein Schiedsgericht ablehnt, wie weiland „unser Wilhelm" gibt dem Ganzen noch den rechten Unterton.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

Unterbezirk Barmen-Elberfeld-Ronsdorf. Sonntag den 10. Mai, bei Weber, in Ronsdorf, Mitgliederversammlung der KAPD.. Alle Genossen müssen erscheinen.

WIRTSCHAFTSBEZIRK BERLIN-BRANDENBURG.

Am **Sonntag, den 7. Juni 1925,** vormittags 10 Uhr, findet in Berlin eine **kombinierte Bezirkskonferenz** des Wirtschaftsbezirks Berlin-Brandenburg statt.

Als Tagesordnung schlagen wir vor: 1. Politische Lage; 2. Organisatorisches. 3. Verschiedenes.

Zu dieser Konferenz müssen alle Ortsgruppen, Einzelmitglieder, erscheinen.

GROSS-BERLIN.

14. Unterbezirk. Am Freitag, den 8. Mai, abends 7½ Uhr, pünktlich, findet im Lokal Moldenhauer eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

19. und 20. Unterbezirk. Freitag, den 15. Mai, Mitgliederversammlung im Lokal Brückner, Provinzstraße 76. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

16. Unterbezirk der A. A. U. (Köpenick). Freitag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im bekannten Lokal, wichtige Mitgliederversammlung.

Verantwortl. Red. und Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 36

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 69)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Hindenburgtheater der K. P. D.

Am Montag, den 11. Mai will die KPD. beweisen, daß sie mit allen ihren Massen für das Deutsche Vaterland und seine republikanische Verfassung einzutreten versteht. Obwohl die KPD. mit doppelter Zunge ruft:

„Wir wollen, daß der ADGB. zum Generalstreik aufruft!"

reagiert die Gewerkschaft nicht auf dieses Geschrei nach Rettung. Im ADGB. will man nicht, — da ist man froh, daß man geduldet wird, und so geht es der KPD. auch diesmal.

Die Gewerkschaften halten es nicht für nötig, gegen ein Nichts zum Schutze der Republik aufzurufen, denn ein Hindenburg hat ja schon Jahr und Tag bewiesen, daß es an ihm nicht liegen soll, für den Schutz der Republik einzutreten. Wenn das Proletariat zum Schutz der Republik aufsteht, ist ja überhaupt kein Schutz der Republik nötig.

Die Republik braucht nur geschützt werden, wenn sich die ausgebeutete Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter und gegen den Staat, der in diesem Falle die Republik darstellt, wendet.

Mit ihrem Geschrei zum Schutz der Republik beweist die KPD. nur wieder, wie sie das Proletariat vom Kampf gegen den Staat, gegen die Republik ablenkt. Das, was sie den Arbeitern zur Begründung ihrer Taktik vorsetzt, die blödesten Forderungen, die man an die republikanische Gerechtigkeit richtet, zeugen von der plumpesten Verdummungsmethode.

Die Forderungen lauten:

„die sofortige Auflösung der monarchistischen Reichswehr, Auflösung der monarchistischen Verbände,

die Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schupo,

die Abschaffung der Technischen Nothilfe,

die Konfiskation der Vermögen aller früheren deutschen Fürsten und Ausweisung aller Angehörigen der Herrscherhäuser aus dem deutschen Reichsgebiet,

die Säuberung der Beamtenschaft von monarchistischen Elementen,

die Aufhebung des Staatsgerichtshofes in Leipzig und Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen,

den starren, ausnahmslosen Achtstundentag,

die Aufhebung aller die Massen belastenden Steuern,

den Sturz der monarchistischen Lutherregierung,

die Absetzung des monarchistischen Reichspräsidenten."

Jeder Einzelne weiß, daß alle die Punkte, an die die KPD. in der Republik anknüpft, naturnotwendige Begleiterscheinungen dieser bürgerlichen Republik sind. Man kann sie nicht von der Republik trennen, ohne die Republik, den Staat, den Kapitalismus überhaupt aufzuheben. Der Kapitalismus läßt sich nicht auf parlamentarischem, republikanischem Wege aufheben, denn die angeführten Dinge sind die Stützen, die Machtmittel des Staates. Diese können nur beseitigt werden durch den Sturz des Staates, durch die Diktatur des Proletariats.

Da helfen keine Demonstrationen, keine Resolutionen und schöne Reden für die Gerechtigkeit und die Republik, sondern, da muß zu allererst einmal mit all den Organen Remedur geschaffen werden, die zum Schutze der Republik aufrufen und vom Klassenkampf ablenken. In den Betriebsversammlungen, die die KPD. am 11. Mai einberufen hat, muß bei der KPD. in dieser Beziehung angefangen werden. **Die Metzgen, zu denen sie die Arbeiter gebrauchen will, müssen ihr in Zukunft vergangen sein.**

Arbeiter, wacht auf!

Preußens ungelöste Dauerkrise

Die auf Freitag, den 8. Mai nachmittags 5 Uhr verschobene Abstimmung des Preußischen Landtags über das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen endete mit einem kleinen Zahlensieg des „Sozialisten" Otto Braun. Ein Kabinett hat er noch nicht. Die seit den Dezemberwahlen 1924 währende Regierungskrise ist damit absolut nicht gelöst, sondern Braun kann und wird bei der ersten Gelegenheit wieder mal keine Mehrheit haben.

Der Abwehrkampf der Kleinbourgeoisie mit dem verbündeten Kleinbürgertum gegen die Großbourgeoisie-Schwerindustrie und Agrarkapital geht weiter, und letztere werden, wie auch schon im Reich, den Sieg davon tragen, wenn das Proletariat nicht vorher selbst dem ganzen Geschmeiß den Todesstoß versetzt dadurch, daß es seine eiserne Rätediktatur aufrichtet.

„Man soll zwar in der Politik nie prophezeien, aber so viel kann man jetzt schon, wie immer die Abstimmung im Preußenparlament ausgehen möge, sagen, daß der Schwindel von der schwarzrotgoldenen Koalition, die Preußen zu einem Bollwerk gegen die vormarschierende monarchistische Reaktion machen sollte, vorüber ist."

So sagt die „Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD., am Anfang ihres Notschreies um die „Demokratische Koalition der Deutschen Republik", **„Das Ende der Weimarer Koalition in Preußen".** Sie führt mal wieder ihr gewohnheitsgemäßes Gaukelgeschrei auf, von dem wir in der KAZ. Nr. 35 schon schrieben.

Die KPD. weiß heute schon nicht mehr, daß sie vor einigen Tagen noch vor der SPD. darum winselten, mit in diese goldene Koalition aufgenommen zu werden, um der SPD. dadurch in ihrem republikanischen Ruf die Konkurrenz zu machen. Heute deckt sie ihr Schwindelmanöver in den obigen Zeilen selbst wieder auf.

Abgeblitzt! — Die SPD. hat es nicht nötig gehabt, sich mit den oppositionellen Republikanern der KPD. zu koalieren. Die alten Herren in der Republik haben das alte Werkzeug in der Massenverdummung, die SPD., geheiligt. noch für eine Zeit für gut befunden, und die Loyalität bewahrt, und Braun ohnedem noch für eine Zeit auf seinem Posten gelassen.

Nun ist die KPD. erbost, daß sich dies ohne ihr Zutun vollzogen hat. Sie kann ja auf ihren Hereinfall im letzten Rummel nicht den praktischen Beweis bei den Massen bringen, daß sie als zuverlässige Stütze der Republik in Frage kommt.

Was hilft das alles, jetzt muß wieder geschrien werden. Wenn der Name Republik nicht mehr zieht, er ist ja dadurch korrumpiert, daß sich Hindenburg auch zur Republikaner bekannt hat, nun muß die **Weimarer Koalition** den Namen hergeben. Nun heißt es die Preisgabe der „KPD.-Konsequenz" von gestern wieder zu rechtfertigen, indem man im gleichen Artikel sagt:

„Die einzige Partei, deren Stellung klar und eindeutig festliegt, das ist die KPD. Die Kommunisten wissen, daß sich durch die Abstimmung im Landtag und durch die Schiebungen zwischen den Parteien an den Machtverhältnissen der Klassen nichts ändert. Die monarchistische Konterrevolution wird sich, ob Braun morgen gestürzt wird oder ob er mit den Rechtsparteien weiter schacheri, des ganzen preußischen Verwaltungsapparats bemächtigen, wenn nicht eine Klassenaktion des Proletariats für die von den Kommunisten aufgestellten Forderungen dem Vormarsch der Bourgeoisie Einhalt gebieten."

Sie lügen wie gedruckt, und schwindeln aus Prinzip!

Sie können es so machen, denn in ihrer bolschewisierten Partei hat keiner das Recht, die Taktik der Führer anzuzweifeln. Jedes Mitglied ist Werkzeug für das Interesse der 3. Internationale.

Heute, — hoch die Nation!
Morgen, — hoch die Republik!
Uebermorgen, — hoch die Internationale!

Immer wie es der Zweck verlangt. Das Mittel ist

Die unbesiegbare „Demokratie"

Geradezu unfaßbar ist für viele Proletarier das Wahlergebnis der Präsidentenwahl. Sie stehen vor einem Rätsel, welches sie für unlösbar ansehen. Trotzdem nun schon so unendlich viel über den Sieg des Militärs Hindenburg geschrieben wurde, lohnt es sich doch noch, eine Seite hervorzukehren, die von jedem Proletarier, der im Interesse der Klassenbefreiung vom kapitalistischen Joch sehen und erkennen will, beachtet werden muß.

Als 1918 das militärische System, das seine höchste Spitze in dem Schnurrbart-Wilhelm hatte, zusammenbrach und die feldgrauen, ausgemergelten Proletarierbataillone in ihre Elendslöcher zurückfluteten, glaubte der größte Teil dieser Geknechteten, nun sei ein neues Zeitalter angebrochen. Den Krieg als etwas unnatürliches, als abnormes betrachtend und daher auch seine Auswirkungen, sowie seine wirtschaftlichen Umgestaltungen übersehend, bewegten sie sich noch in den Gedanken Lassalles und glaubten mit der Intensivität aller Gläubigen an die oft ertönten Worte:

„Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem WIR siegen, nun wohlan."

Und ergänzend dazu sangen sie, die Geschundenen, die Geplagten, Gemarterten, Entrechteten, Entnervten, halb vernungerten, zum Teil nur noch wandelnden Skelette, die man jahrzehntelang als Hundsfotte behandelt hat, die im Kriege bis zum Schluß nur als Schlachtvieh galten mit wahrer Inbrunst:

„Nicht predigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann!"

Sie glaubten, daß der alte Obrigkeitsstaat nun dadurch ein freier „Volksstaat" geworden sei, daß an seiner Spitze nicht mehr ein absoluter oder konstitutioneller Monarch, der durch's Erbrecht das Gottesgnadentum erlange, sondern jetzt ein Bürger, der durch's Parlament, das durch's „freie" Wahlrecht gewählt ist, diese Stelle einnimmt. Vergessen waren die alten elementaren Grundsätze vom Klassenkampf, vergessen die Grundlage, daß es auf der Erde nur eine ausbeutende und eine ausgebeutete Klasse gibt. Man glaubte sich als „Volk" in der „Demokratie", in der „Gleichberechtigung" so recht schiedlich, friedlich die Frucht heranreifen zu lassen, die da sein sollte **der Sozialismus, die Gemeinwirtschaft aller Menschen für den Bedarf aller Menschen.**

Es soll hier zugegeben werden, daß viele, viele Proletarier den Sozialismus wirklich wollten. Nur stellte sich jeder etwas anderes darunter vor. Was jedoch der größte Teil nicht wollte, war, **den offenen Kampf mit dem Klassenfeind für dieses Ziel der proletarischen Klasse.** Das Versprechen der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, nur durch Ruhe und Ordnung und durch Arbeit sei es möglich mit Hilfe der Gesetzesmaschine, die Sozialisierung durchzuführen, wurde durch die Unkenntnis der gläubigen Massen und aus der daraus mit resultierenden Unschlüssigkeit, ja Feigheit, für bare Münze angesehen. Der beseitigte ungeheure Druck des Krieges, dazu der Genuß etlicher politischer Freiheiten, dann das gewisse Entgegenkommen der Arbeitgeber nebst dem Gefühl, dem Schlammassel glimpflich entronnen zu sein, beruhigten den bescheidenen deutschen Arbeiter und ließen für ihn oft die Handlungen der revolutionären Arbeiter nebst

Nun, da man nicht in der Koalition aufgenommen wurde, hilft natürlich nichts anderes als über die Koalition zu schimpfen, und den eigenen Sumpf mit ein paar revolutionären Phrasen wieder zu vertuschen.

Jetzt stellt man sich wieder darauf ein, von dem Koalitionssumpf Brauns, der sich auf die Loyalität der Rechten stützt, bei einem eventuellen Endbankrott zu zehren.

Eine Schmarotzerarbeit, die auf Kosten der parlamentarischen Verdummung der Proletariermassen ungehindert betrieben wird. Es tut not, daß dieser Argusstall des gesamten Parlamentarismus einmal mit Gewalt gesäubert wird. Entweder die Bourgeoisie zeigt sich einmal mit offener Macht, und jagt diese Koalitionswirtschaft zum Teufel, damit dem Proletariat die Augen geöffnet werden, oder das Proletariat macht mit der ganzen Gesellschaftsordnung und diesen Schmarotzern ein Garaus.